

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 31. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Frankreich und das Kohlenabkommen.

Die Vorschüsse doch genehmigt!

Paris, 30. Juli. (B.T.B.) Die Kammer hat mit 333 gegen 83 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorsieht, angenommen. Damit sind auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorschüsse für die Bezahlung von Kohlenabnahmepreisen bewilligt worden.

Bekanntlich hatte die demokratische Opposition, deren Exponenten gegenwärtig die ehemaligen Minister und Friedensdelegierten in Versailles Loucheur und André Tardieu sind, versucht, dieses Ausführungsgezet zum Kohlenabkommen von Spa in den Kammerausschüssen zu Fall zu bringen. Nach einem vorübergehenden Erfolg gelang es Millerand, mit Briand's Hilfe die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Die obige Regelung besagt zwar nicht, auf welchen Elementen die Wiederherstellung der 83 beruht. Da im französischen Parlament auch die Abwesenden — mit Ausnahme der weniger förmlich Beurlaubten — durch die Vermittlung der Fraktionsleiter abstimmen dürfen, so beträgt die Zahl der Stimmenthaltungen bei einer Gesamtsitzung von 618 Deputierten über hundert Stimmen.

Das irische Wespennest.

Eine Rundgebung der irischen Arbeiter.

London, 30. Juli. (T.L.) „Daily Herald“ veröffentlicht eine Rundgebung der irischen Arbeiter an die englische Arbeiterschaft, in der darauf hingewiesen wird, daß Verhandlungen mit der englischen Regierung nur die zukünftige irische Republik führen kann. Es wird gefordert, daß England seine Truppen aus Irland zurückzieht und dem irischen Volk selbst die Verantwortung überläßt. Ein Zusammengehen der englischen und irischen Arbeiter sei notwendig, um die Grundlage zu verwirklichen, für die England angeblich in den Weltkrieg eingetreten sei.

Lloyd George verspricht scharfe Maßnahmen.

London, 30. Juli. (B.T.B.) Lloyd George empfing gestern eine Abordnung von Mitgliedern des Ober- und Unterhauses, die sich über das Vorgehen der Sinnfeiner beschwerte und energische Maßnahmen forderte. Lloyd George erwiderte: Die Gesetzesvorlage gegen die verwerflichen Taten in Irland, die am 5. August eingebracht werden soll, wird als genügend streng befunden werden. Die Meldung, daß für das auf der Eisenbahn beförderte Staatsvermögen keine bewaffneten Wachen mehr gestellt werden sollen, ist völlig unwahr. Nutrition wird weiter befördert und bewaffnete Wachen werden weiter gestellt werden. Eisenbahner, die auch in Zukunft die Beförderung von militärischem Material, Truppen und Polizisten vertögern, werden sofort entlassen werden.

London, 30. Juli. Der Bize-Katholik für die irische Grafschaft Wicklow, Francis Brode, wurde auf dem Bahnhof Westland-Kow, als er den Zug besteigen wollte, erschossen. Der Täter ist entkommen.

London, 30. Juli. (B. T. B.) Nach einer Depesche aus Dublin haben Sinnfeiner vorgestern Abend zwei Militärsautomobile bei Keamaneigh in der Grafschaft Carl überfallen, 25 Mann der Besatzung gefangen genommen, Waffen und Munitionsvorräte aus den Automobilen geraubt und die Fahrzeuge hierauf in Brand gesetzt.

Independant Labour Party und Moskauer Internationale.

Ramsay MacDonalds klare Absage.

Rotterdam, 30. Juli. (B.T.B.) Wie aus London gemeldet wird, hat die Unabhängige Arbeiterpartei (I.L.P.) eine Antwort des Volksgesandtschaften der dritten Internationale auf verschiedene Fragen bez. das Programm und die Bedingungen für einen Anschluß an die Moskauer Internationale erhalten. Ramsay sagt, der Kommunismus könne in England nicht ohne eine blutige Revolution verwirklicht werden. Die Arbeiter müßten daher auf einen schweren Bürgerkrieg vorbereitet sein. In einer Anmerkung zu dieser Antwort sagt Ramsay MacDonald, die Dritte Internationale und die Unabhängige Arbeiterpartei in England seien wie Wasser und Öl. Sie werden sich niemals miteinander vermischen.

Aus dem weißen Ungarn. Dienstag Abend wurde in Budapest im Kaffeehaus von einer antisemitischen Menschenmenge überfallen. Bei der entsetzenden Rauferei wurden zwei Personen getötet. Ministerpräsident Teleki beschloß, mit größter Kraft Ordnung zu schaffen.

Die Antwort der Entente.

Sie wünscht eine Friedenskonferenz mit Sowjetrußland.

Zur russischen Frage sagte Lloyd George im Unterhaus: die englische Regierung sei jetzt im Besitz der Ansichten der italienischen Regierung, die durchaus mit dem Standpunkt der englischen Regierung übereinstimmen. Die Alliierten hätten sich über den Wortlaut der Antwort geeinigt, die von der englischen Regierung an die Sowjetregierung abgesandt werden sollte. Lloyd George betonte, daß das Einvernehmen restlos sei.

Die Antwortnote lautet: Die englische Regierung ist jetzt nach Beratungen mit ihren Alliierten in der Lage, folgende Antwort auf Tschitscherins Telegramm vom 27. Juli zu senden: Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, ihren Alliierten vor, an einer in London abzuhaltenen Konferenz, auf der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird, teilzunehmen. Sie vertritt die Ansicht, daß sowohl bezüglich des Zwecks der Zusammenkunft in London, wie bezüglich der dazu einzuladenden Mächte und der hauptsächlichsten Fragen, die zur Erörterung ständen, keine Zweifel bestehen dürften. Die letzten beiden Telegramme der Sowjetregierung ließen jedoch einige Zweifel über diese Punkte. Während nämlich das Telegramm vom 19. Juli die Teilnahme der Alliierten an den Friedensverhandlungen zwischen Rußland, Polen und den benachbarten Regierungen abzuschließen scheine, stimme das letzte Telegramm anscheinend der Teilnahme dieser Regierungen zu. Die englische Regierung halte dafür, daß, wenn die Beratungen zwischen den alliierten Regierungen und der Sowjetregierung einige Aussicht auf Erfolg haben sollten, die Vertreter Polens und der in Frage kommenden Randstaaten auch dabei vertreten sein müßten. Hauptzweck der Konferenz sollte die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein, und zwar in erster Linie zwischen Polen und Rußland auf Grund von Bedingungen, die die Unabhängigkeit Polens und die berechtigten Interessen beider Länder sicherstellten. Die Konferenz solle auch die noch schwebenden Fragen zwischen Sowjetrußland und den Randstaaten beraten, die noch nicht einträglich mit Rußland Frieden geschlossen hätten. Nach der Regelung dieser Fragen könnte die Konferenz dazu übergehen, sich mit den zwischen Sowjetrußland und den Alliierten schwebenden Streitfragen und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen zu befassen.

London, 29. Juli. (B.T.B.) Außer der von Lloyd George im Unterhaus verteilten Depesche an Rußland ist am 26. Juli eine weitere wichtige Depesche abgegangen, deren Text heute Abend veröffentlicht wurde. Die englische Regierung erklärt sich darin unter Bezugnahme auf Rußlands Antwort betr. das Waffenstillstandsangebot bereit, die Reise Kamenevs, Krassin und Milutins zu erleichtern, und schlägt vor, daß die genannten Persönlichkeiten ermächtigt werden sollen, nicht nur über die Handelsbeziehungen, sondern auch über vorläufige Abmachungen wegen der in Aussicht genommenen Friedenskonferenz zu beraten. Die Depesche bekräftigt jede Verantwortlichkeit für die Offensive des Generals Wrangel und teilt mit, daß die englische Regierung Wrangel von der Erklärung der russischen Regierung in Kenntnis gesetzt habe.

Kamenev nach London unterwegs.

Stockholm, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die russischen Bevollmächtigten Kamenev und Miljutin reisten am Mittwoch an Bord eines englischen Torpedojägers von Kewal über Kopenhagen nach London ab.

Der polnische Zusammenbruch.

Die „Dena“ meldet aus Königsherg: Nach hier einlaufenden Meldungen ist der Zusammenbruch der polnischen Nordarmee vollständig. Die polnischen Truppen stehen in völliger Auflösung. Die russische Kavallerie, die von der Heeresleitung der Sowjetarmee in gewaltigen Massen eingesetzt worden ist, folgt den Flüchtlingen auf dem Fuße. Der Weg nach Warschau steht den Russen offen. Es ist ganz unmöglich, daß sich die vollkommen zerprengten, vertriebenen und geschlagenen Polen noch zu einem Gegenangriff oder auch nur zu einer Verteidigung aufrufen könnten. Lomsa, Ossowiez, Suwalki, Grajewo, Synitscha und Augustow sind in den Händen der Russen. Die russischen Truppen wissen, nach zuverlässigen Meldungen, bislang noch nichts von einem Waffenstillstand. Sie drängen unaufhaltsam vor und sind tadellos ausgerüstet und, wie es scheint, auch verpflegt. Bialystok ist gleichfalls gefallen, am Samstag hatten sich die Polen noch. Die Kerntruppe der Russen ist die Kavallerie, sie verjagt über nur wenig Artillerie und Infanterie. Der Kanonenhammer von der Front ist an vielen Stellen der ostpreussischen Grenze zu hören.

Stöckung und Stillelegung.

Von Dr. Alfred Striemer.

Wenn man in einem großen Kesselhaus mit einer großen Batterie Kessel jedem Heizer das Bescheiden seines Kessels frei überläßt, dann wird die Entfaltung von Ueberdruck oder Unterdruck eine häufige Erscheinung sein, da die Belastung der Kraftanlagen unvermeidlichen Schwankungen unterworfen ist. Die Kesselanlage wird dann einen Beobachter erhalten, der die Meßapparate ständig im Auge hat und der Gesamtbelastung der Generatoren entsprechend die einzelnen Kessel unter Druck halten läßt. Das ist nichts anderes als genaue Anpassung der Dampferzeugung an den Bedarf.

In der Güter erzeugenden Wirtschaft fehlt, abgesehen von den vollkommen organisierten Wirtschaftszweigen, diese Anpassung der Produktion an den Bedarf, weil das Unternehmertum für sich das Recht beansprucht, von einer Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen befreit zu bleiben. Solange das Arbeiterinteresse Spielball der Unternehmerlaune sein konnte, ging das, aber es geht heute und in Zukunft nicht mehr, weil die Arbeiterschaft weiß, daß Geschäftsstöckungen und Betriebsstillelegungen sich vermeiden oder doch sehr erheblich einschränken lassen, wenn an die Stelle der Unternehmerfreiheit ihre Unterstellung unter Zentralleistungen der Wirtschaftszweige erfolgt.

Wir stehen in einer schweren Wirtschaftskrise, deren Ausgang nicht abzusehen ist, und das Wirtschaftsministerium bemüht sich, durch Notstandsaktionen Betriebe und Arbeiter aus der schwierigen Lage zu befreien. Es hat in der Firmasenster Schuindustrie eine Aktion eingeleitet und mit Reichsmitteln die unveräußerlichen Schuhe den Fabrikanten abgenommen, es wird in der Textilindustrie Aufträge von Verbraucherorganisationen durch Vermittlung der Reichsämter beschaffen usw., es wird eine Wirtschaftsbank auf geschaffen, um kollabierenden Unternehmungen mit Betriebsmitteln beizuspringen.

Nun ist die Geschäftsstöckung in einzelnen Industrien doch nur eine Teilercheinung. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir über 20 Milliarden innere Schulden haben, für die die Steuerzahler 12 Milliarden Zinsen aufbringen müssen; wir haben mehr als tausend Milliarden Papiermark an die Sieger zu zahlen, wir haben gewaltige Opfer für die Kriegshinterbliebenen aufzubringen usw., wir müssen mit den Kohlen und sonstigen Brennstoffen in einem Grade ökonomisch wirtschaften, von dem die meisten Leute noch gar keine Vorstellung haben. Die Steuerverwaltung steht vor Aufgaben, die kaum zu lösen sind, da sie mit Steuergesetzen arbeiten muß, deren Handhabung zu unausgeglichen Schwierigkeiten führen, 9/10 Milliarden Steuern sind noch aus dem letzten Steuerjahr rückständig, während die Arbeitnehmer durch Erfassung ihres Einkommens an der Quelle mit fester Hand zur Steuerleistung herangezogen werden.

Auf der anderen Seite macht die Ueberfremdung Riesenfortschritte, in alle Rigen und Poren der deutschen Wirtschaft dringt das Auslandskapital und macht uns zu Sklaven. Und warum das alles? Nur weil die Unternehmerklasse sich dem Gebot der Zeit nicht fügen will, weil es auf die in der freien Wirtschaft liegenden privaten Gewinnchancen nicht verzichten will.

Ja, glaubt das deutsche Unternehmertum wirklich im Ernst, daß die Arbeiterschaft in der Lage ist, diesen Zustand stillschweigend weiter zu dulden. Sicher ist, daß alle, die Kapitalinteressen zu vertreten haben, die wirtschaftliche Lage und die in ihr liegenden Gefahren durch eine gefärbte Brille ansehen, daß sie sich gewissermaßen selbst in die eigene Tasche lügen. Sie machen dem Auslandskapital weil die Lären auf, erhoffen von ihm Rettung und Hilfe und wollen nicht sehen, daß diese nicht durch Verknechtung seitens des Auslandskapitalismus, sondern nur durch Organisation von innen heraus gefunden werden kann.

Im Wirtschaftsministerium ist ein Mann mit gründlicher volkswirtschaftlicher Bildung und gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsauffassung, der auch der Praxis nicht fern geblieben hat, der Staatssekretär Prof. Dr. Hirsch. Er hat sich zu dem Thema „Geschäftsstöckung und Betriebsstillelegung“ einem Ausdrager gegenüber vor kurzem geäußert, leider aber ängstlich vertrieben, dem Patienten zu sagen, daß er sich neues Blut anschaffen muß. Die Sozialdemokratie kann zu der bisherigen Wirtschaftspolitik, die uns nicht vorwärts bringt, nicht länger schweigen, und die Gewerkschaften rufen sich, um dieser Leichnamspolitik ein Ende zu machen.

Daß wir auf diesem Wege nicht aus dem Sumpf kommen, das dämmert doch auch jetzt in den schwächsten Köpfen. Es muß deshalb an das Unternehmertum die präzise Frage gerichtet werden, ob es sich zur organisierten Gemeinwirtschaft umstellen will oder nicht. Hier gibt es nur ein klares Ja oder Nein. Die Wurstelei, wie sie bisher betrieben worden ist, führt zu keinem erkennbaren Ziel. Die Arbeiterschaft weiß, was sie will, das Lehrgeld, das in Rußland für die kollektive Wirtschaftsführung gezahlt worden ist, wird

die deutsche Arbeiterklasse vor solchen Experimenten bewahren und bietet den fähigen deutschen Wirtschaftsführern die Möglichkeit, weiter die technische und wirtschaftliche Leitung in den Händen zu behalten.

Wir beobachten heute, wie sich zahlreiche große Betriebe auf den gleichen neuen Fabrikationsgegenstand werfen, Versuche machen, um eigene Modelle herauszubringen, mit denen sie sich auf den Markt stürzen werden, um die Anarchie zu vermehren, statt gemeinsam vorzugehen, die beste Ausführungsform zu ermitteln und die Arbeit dann unter sich planmäßig zu verteilen. Da die Unternehmer sich gegen ein planmäßiges Zusammenarbeiten sträuben, das die jetzigen Spekulationsmöglichkeiten und Gewinnverfälscherungen beseitigen und die Kapitalverfälscherungen verhindern würde, so kann und nur das organisierte Proletariat retten, in dem ein einheitlicher Wille herrscht, der durch Organisation der Wirtschaft die Produktivität zu steigern vermag. Die bisherige Wirtschaftspolitik führt nicht zum Aufbau, sondern zur Verfaulung und zum finanziellen Zusammenbruch.

Bolschewismus / Nationalbolschewismus Gegenrevolution.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen sehr charakteristischen Bericht über den Prozeß gegen Aurel Stromfeld, den Organisator der ungarischen Roten Armee. Dieser Prozeß entrollt die seltsamsten Perspektiven von der Entwicklung des Bolschewismus über den Nationalbolschewismus zur Gegenrevolution. Stromfeld, ein ehemaliger Generalstabsoffizier, hat mit übermenschlicher Willenskraft und Stärke die ungarische Rote Armee geschaffen, die gegen die Nihilistenschlacht eine Zeitlang siegreich gekämpft hat. Obwohl Stromfeld nur sehr gemäßigte sozialistische Anschauungen hatte — er wollte die großen Vermögensunterschiede ausgleichen — und obwohl ihm im Kampfe zum guten Teil auch nationale Ziele vorzuschwebten, wurde er von den Dorthin-Erzürnten gleichwohl in drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Doch das Interessanteste sind die Vorwürfe in der Roten Armee selber, die der Prozeß aufzudeckt hat und die von der „Freiheit“ ausdrücklich zum Zwecke der Warnung vor dem Nationalbolschewismus mit folgenden Worten geschildert werden:

Der Kommandant einer Roten Division, General Karl Szabo, erzählt, daß er noch dem kaiserlichen Gornarsch in der Csozwafer Stadt wurde und bei seiner Heimreise Stromfeld im Quartier einen Besuch abstatte. Bei dieser Gelegenheit meldete Stromfeld, daß das erste, vierte und sechste Armeekorps in jedem Moment bereit seien, die nationalen Farben zu hissen, und daß achtzig Prozent der Arbeiter schon nationalistic gesinnt sind und einen Haß gegen die Bolschewisten hegen. Stromfeld selbst schwankte zwischen seiner nationalistic militärischen Gesinnung und seiner sozialistischen Ueberzeugung hin und her und erklärte, daß er es nie zugelassen hätte, daß die Armee gegen Nationalangehörige, also Gegenrevolutionäre verwendet werden solle. Es marschierte eine ganze Reihe von Offizieren auf, die in der Roten Armee gedient und sehr wichtige Posten inne hatten und bezeugten, daß die Rote Armee, was die Offiziere betrifft, ein Organ der Gegenrevolution war, nur darauf bedacht, die Herrschaft der Sowjets zu kürzen, wenn der geeignete Moment dazu gekommen sein wird.

Sogar der in der sozialistischen Verkleidung wirkende nationale Gedanke, der starke militärische Geist, der in der Diktatur herrschte, die Anstalt, in die militärische Laufbahn wiederzulehren, vermochte die Offiziere nicht für die Sowjetherrschaft zu gewinnen, mit ein Verweil mehr, wie schmal die soziale Schicht war, auf welche sich die Diktatur des Proletariats in Ungarn stütze, und daß bei den Offizieren die ideologischen und politischen Momente stärker wirkten, als ihre wirtschaftlichen Interessen, die während der Sowjetherrschaft mit allen Mitteln befristigt wurden. Die erste Revolution war in ihrem Wesen passiv, die Sowjetherrschaft kriegerisch; in der ersten Revolution sind die Offiziere verjagt, brotlos

gemacht worden, hatten keine andere Aussicht, als auf der Straße Schute zu suchen und Bettelungen zu verüben. Die zweite Seite ist in ihre Würde ein, gab ihnen eine gesicherte und gehobene Existenz, aber sie waren trotz alledem ihre unvermeidlichen Gegner und trugen sehr viel zu ihrem Sturze bei, was eine der wichtigsten und beherzigungswerten Lehren dieses Prozesses ist.

Soweit die „Freiheit“. Wird sie nun aber selber diese Lehren beherzigen, die klar zeigen, daß Ungarn unter der Räteherrschaft auch ohne den Todesstoß der Entente bereits der Gegenrevolution ausgeliefert war, durch die Rote Armee selber, dem angeblichen Hort der Arbeiterklasse?! Denn es ist ein Irrtum, wenn die „Freiheit“ glaubt, diese Lehren richteten sich nur gegen den sogenannten Nationalbolschewismus. Sie richteten sich gegen jeden Bolschewismus, gegen die Räteherrschaft überhaupt. Denn der Nationalbolschewismus in Ungarn wie in Rußland ist nur die natürliche Fortentwicklung, das zweite Stadium des ursprünglichen Bolschewismus. Er entsteht nämlich in dem Augenblick, wo der Bolschewismus sich gegen äußere Angriffe zur Verteidigung seiner Existenz zur Wehr setzen muß. Auch ein deutscher Bolschewismus müßte sich binnen kürzester Zeit, da die Entente ihn nicht dulden würde, zum Nationalbolschewismus entwickeln. Was das bedeutet, zeigen die Ausführungen der „Freiheit“. Die begehrte empfohlene „Rote Armee“ bedeutet den Umschlag des Bolschewismus in den Nationalbolschewismus, und dieser ist nur die Ueberleitung zum dritten Stadium des unverhüllten Nationalismus, der Gegenrevolution.

Wehrpflichts- und Militärgerichtsende.

Im Reichstag wurde gestern das Gesetz über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht angenommen. Obwohl es sich eigentlich nur um einen formalen Akt handelte, da die Wehrpflicht tatsächlich schon aufgehoben ist, und hier nur die Ausführung des Abkommens von Spa in Betracht kam, gab es eine ebenso überflüssige wie heftige Debatte, die dadurch hervorgerufen wurde, daß die Militärs der Rechten durchaus transparenz Ordreden auf die alte Armee halten mußten. Die beiden Reichsparteien leisteten sich dann auch noch den kindlichen Luxus, gegen die Vorlage zu stimmen, die doch angenommen werden mußte, ob man wollte oder nicht.

Noch eine zweite militärische Einrichtung fiel am gleichen Tage: Das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichte wurde in dritter Lesung endlich und endgültig angenommen. Aber freilich auch nicht ohne Zwischenfall. Die bürgerlichen Mittelparteien hatten schon wieder Angst vor der eigenen Courage bekommen und das Gesetz durch eine neue Fassung verschlechtert, wonach die Militärgerichtsbarkeit ganz allgemein für Befehlungen der Kriegsschiffe bestehen bleibt. Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde diese Bestimmung angenommen, die wohl kaum erlassen ist, um die Ehracht-Regimenter in Schach zu halten, sondern um den alten Marineoffizieren für ihre in den Kapitulanten bewiesene Regierungsstreue eine Zuchtrute aufzubinden. Gegen die Stimmen der Rechten wurde alsdann die Aufhebung der Kriegsgerichte beschlossen. Sie sind abgewen. Der Haß und die Verwünschungen des Volkes gehen ihnen nach.

Schergengedinnung.

Die „Deutsche Zeitung“ ist über die Freilassung Bela Kun's sehr empört. Sie legt „lächerliche Vermahnung“ ein. Bela Kun muß nach ihrer Ansicht an seine ungarischen Denker ausgeliefert werden.

Das verlangt die „Deutsche Zeitung“ natürlich nur von ihrem unbetreueren Rechtsstandpunkt aus. Gewiß fordert sie auch Tag für Tag in ebenso ungeschütem Gerechtigkeitsdrang, daß Schweden den Verbrecher Kopp an Deutschland auslieferet. Oder sollten wir uns irren??!

Die Geheimnisse des Munsterlagers.

Mit Gott für Kaiser und Ehrhardt. — Treuprämie für Meuterei.

Wir lesen in unserem Kieler Parteiblatt, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“:

Von der Rüktenwehr Cuzhafen wurden jüngst 450 Mann nach dem Munsterlager transportiert, zu einer sechsmonatigen Lebung, wie es hieß. Es waren Soldaten, die sich während des Kapp-Putsch als verfassungstreu bewährt und ihre meuternden Offiziere hinter Schloß und Riegel gesetzt hatten. Grund genug für den Hofbichter der Brigade Ehrhardt, ihr Kommen den deutschen Nationalen Kammeln seines Truppenteils durch folgenden im ganzen Lager angeschlagenen Vers anzukündigen:

Jetzt kommen die Geier in Scharen!
Wir bleiben, was wir waren.
Mit Gott für Kaiser und Ehrhardt!

Unsere Cuzhafener waren auch nicht faul. In den Caraden des früheren Rüktenlagers, in das man sie eingesperrt hat und das vom übrigen Lager durch Stacheldraht abgegrenzt ist, prangen bald große Plakate, auf denen in deutlichen Lettern zu lesen ist: „Wir stehen treu zur Verfassung!“ und „Es lebe die Republik!“ Diese Plakate wurden von ihren eigenen Offizieren heruntergerissen. Ihnen aber sollte mit allen Schikanen die richtige Vaterlandsliebe beigebracht werden. Sie erhalten keinen Urlaub und ihre Post steht unter Zensur. Ihre Maschinenwaffe werden ihnen abgenommen, und so sind sie der Uebermacht der meuternden Landsknechte vollständig preisgegeben. Mit Erlaunen nehmen sie wahr, daß von dieser zur Auflösung bestimmten Formation täglich neue Leute eingestellt werden, daß ihren Mannschaften für das hochverräterische Verhalten während des Kapp-Putsch 250 M. nachgezahlt werden, daß gerade dieser Truppenteil nur neues Kriegsmaterial besitzt, Scheinwerfer und Flammenwerfer so gut wie Maschinenwaffe, und daß in den Offiziersbaracken unter dem Vorwande, eine Entente-Kommission komme zur Besichtigung, Waffen versteckt werden. Von ihrem Kommandeur wird ihnen die Brigade Ehrhardt als Vorbild für den Straßenkampf hingestellt. Einem Obermaat Hirsch vom Reichswirtschaftsbund, der in das Lager kommandiert wurde, um sich die Zustände anzusehen, sucht man loszuwerden, indem man ihm sofort 30 Tage Urlaub ansetzt usw. usw.

Ganz zufällig kommt einmal in irgendeiner Stunde die Sprache auf diese Dinge, und der Truppenvertrauensmann, der gerade aufwacht ist, wird beauftragt, vom Kommandeur Aufklärung zu verlangen. Die Folge ist, daß 10 Mann, darunter der Vertrauensmann, zur kommandierten Kompanie 8 nach Kiel-Wil verlegt werden, um hier, wie ihnen gesagt wurde, vom Kriegsgericht abgeurteilt zu werden.

So geht es heute in der republikanischen Reichswehr zu. Keine den Mann muß man ihm lassen, hat viel Verdamm. Geht er scheint von Beruf müde zu sein. Die ganze deutsche Gasse strotzt von Beschwerden über verfassungswidrige Zustände in der Reichswehr. Geht er aber hier und sieht von alledem nichts. Er regiert lustig weiter und läßt die Karre laufen, wie seine Offiziere es wünschen.

Die Angehörigkeiten der Reichswehrvorlage. In dem Artikel „Das Reichswehrgesetz“ (Nr. 38 des Vorwärts) wurde als eine der vielen Ungeheuerlichkeiten des Entwurfs hervorgehoben, daß 2/3 der Vorlage den Reichswehrsoldaten nicht nur die gewerbliche, sondern auch die nicht gewerbliche Nebenbeschäftigung unterläßt. Wie wir einer Zuschrift aus Kreiten der Jüdismusler entnehmen, ist bei diesen der Satz fälschlich dahin ausgelegt worden, daß auch die Unterlagung der gewerblichen Nebenbeschäftigung als Ungeheuerlichkeit gebremst werden sollte. Die folgenden Ausführungen des Artikels zeigen wohl aber mit voller Deutlichkeit, daß die Kritik sich gegen die Unterlagung der nicht gewerblichen Nebenbeschäftigung richtete, weil hierdurch den Soldaten die Annahme von Ehrenämtern in Organisationen usw. unmöglich gemacht wird. Das berechtigste Verlangen der Jüdismusler, gegen die Reulurren der Militärkapellen gekämpft zu werden, findet unsere volle Unterstützung.

Der Wort-Alkoholismus.

Im Vorwort zu seinem Buch „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage“ schrieb Debel, daß ein großer Teil unserer Parteigenossen zu rasch begreife, welche Materialschätze er in seiner Schriftenammlung besitze. Wer einmal in seiner Ruhe-Stunde dazu kommt, in allen Parteiprogrammen zu lesen, wird das Wort Debel's nur bestätigen können. Wer mir liegt die alte Schrift „Trug-Eisenstein“, in der „Vetter Niemand“ dem unsterblichen Vorherden folgendes widmet:

„Der Revolutionär mag Opportunist sein, d. h. den Verhältnissen Rechnung tragen. . . Der Mißerfolg revolutionärer Bewegungen ist häufig durch das Ungeglück revolutionärer Führer, die den Verhältnissen nicht Rechnung trugen, verursacht worden. . . Der Opportunismus . . . ist kein Parteistragmam, er ist Partei-taktik! . . . Das man über Taktik streitet. . . erklärt sich . . . aus der Klaverei des Wort's, aus der Zerknirschtheit der Phrasen und Schlagwörter.“

Diese Torheit ist der Grund der revolutionären Parteien. Ein Feind kann für den Regier kaum höheren Wert haben, als dieses und jenes Wort für manchen Revolutionär.

Der erste Vers des Evangeliums Johannis: Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott und Gott war das Wort! scheint für diese Sorte von Revolutionären geschrieben zu sein. Das Wort ist ihnen Gott.

Ein heiliger Schauer durchrieselt sie, wenn sie die heiligen Wörter ansprechen oder hören.

Und ironischerweise sind es die sich selbst so nennenden Männer der Kai, welche die gläubigsten, inbrünstigsten Kndeter des Wort's sind.

Das Wort ist Gott!

Wo aber Gott ist, da muß auch ein Teufel sein. Der Teufel ist die Ergänzung Gottes. Und wenn die Anhänger des Wort's Wörter haben, die Gott sind, haben sie dafür auch Wörter, die ihnen der Teufel sind, die sie hassen, verabscheuen, die sie nicht in den Mund nehmen oder anhören, ohne sich zu entsetzen und fromm zu bekreuzen.

Ob nun die Religion des Wort's dem Kultus des Gottesworts gilt oder dem Kultus des Teufelworts — ob sie an angstvollem Abscheu oder frommer Verückung sich äußert — darin bleibt sie sich stets gleich, daß sie kein Denken duldet.

Und das ist der Despotismus des Wort's, die Klaverei des Wort's.

Ein solcher Gott von einem Wort ist das Wort Revolution, revolutionär.

Ein solcher Teufel von einem Wort ist das Wort Reform, organische Umgestaltung oder gar friedliche Umgestaltung.

Revolution — Reform! Wieviel Zintenlöcher sind nicht ge-seert, wieviel Gasse ist nicht bespritzt worden um diese zwei Wörter!

Und wodurch wurde das möglich?

Einfach, weil jeder der streitenden Wortfanatiker seinen Feind, statt ihn genau zu unterzuchen, unbedenken die wunderbarsten unwiderstehlichen Kräfte zum Guten oder zum Bösen — denn es gibt gute und böse Feinde — besetzte und, die Ohren gegen jeden Einwand verstopft, mit geschlossenen Augen Gebete oder Flüche an seinen Feind richtete.

Der ganze Streit um die Wörter Revolution oder Reform, soweit er bisher in der Sozialdemokratie gekämpft wurde, war ein Streit um des Kaisers Part.

Die Kunst unserer Feinde besteht heute zu neun Zehnteln daraus, Furcht vor der Revolution zu erregen und systematisch zu pflegen.

Und die . . . Feindschaften geben sich, durch ihr renommistisches Schwabenerien über Revolution und was für ihr Otin daum und dran hängt, gutmütig dazu her, das Spiel unserer Feinde zu spielen, und ersparen durch ihre freiwilligen Dienste eine Anzahl bezahlter Agenten.

Mit Schießgewehren spielen ist von sprichwörtlicher Gefährlichkeit.

Mit Wörtern und Phrasen spielen, ist noch hundertmal gefährlicher.

Eine der schlimmsten Krankheiten ist der Wort-alkoholismus.

Wie der gewöhnliche Alkoholist nicht leben kann, wenn er nicht ein Quantum Hufel hinter die Binde gießt, und wie er genötigt ist, die Dosis beständig zu steigern, so kann der Wort-Alkoholist nicht leben, ohne daß er sich mit harten Wörtern und Phrasen be-räuscht. Und da die harten Wörter und Phrasen durch fortge-setzten Genuß ihre beruhigende Wirkung verlieren, so muß, gerade wie beim gemeinen Alkoholismus, das Wörter- und Phrasenabrad immer stärker gepfeffert und in immer stärkeren Dosen genossen werden.

Wir könnten von diesem Wort-Alkoholismus die ergötzlichsten und auch die widerlichsten Beispiele beibringen.

Doch — exempla sunt odiosa.

Wer getroffen ist, wird es merken und soll es merken.

Es muß ein Irrtum sein, wenn Vetter Niemand behauptet, er hätte seine Proschüre im sozialistengesellschaftlichen Sommer 1887 geschrieben. Klingt es nicht, als hätte ein Zeitgenosse sie noch der Parlamentsrede eines gewissen Wortathleten geschrieben? Indes, es ist kein Zweifel möglich, und wenn unser Vetter heute redet, hat wie 1887, so sagt uns Karl Marx in seinem Brief an Volke (23. November 1871) warum es so ist:

„Solange die Sektens bedrängt sind (historisch), ist die Arbeiter-Klasse noch untreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung.“

Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sektens wesentlich reaktionär. Jedes wiederholt sich in der Geschichte der Internationalen, was die Geschichte überrollt geist. Das Veraltete sucht sich in der neugewonnenen Form wieder-herzustellen und zu behaupten.

Und wie man einst Voltaire wieder „lebendig“ schloß, so haben unsere Wort-Alkoholisten von heute die Reaktion wieder wadiges pulsiert.

Traktatler Pressefickel. Den Fortschritten der „Draktfoten“ als Schnellnachrichtensmittel wird heute allseitig Interesse entgegengebracht. Die Vorstellungen, die man sich freilich oft von einer praktischen Verwertung des neuen Mittels macht, sind noch recht unklar. Zwei ureigenste Wesenszüge, so wird im „Jahrbuch der drahtlosen Telegraphie und Telephonie“ ausgeführt, sind es, auf denen der einzigartige und unersetzbare Vorzug der neuen Nachrichtenart gegenüber der Drahttelegraphie beruht. Das ist erstens die Eigenchaft, zwischen der Send- und Empfangsstelle schnelle Verbindung zu ermöglichen und zweitens die Fähigkeit, durch einmaliges Senden der Sendestelle beliebig viele in ihrer Reichweite liegende Empfangsstellen mit Nachrichten versorgen zu können. Die erste Eigenchaft weist der Funkentelegraphie die Erfüllung der Verkehrsbedürfnisse zwischen solchen Gebieten an, zwischen denen eine Drahtverbindung aus irgendwelchen Gründen nicht besteht oder herstellbar ist. Beispielsweise besteht ein regelmäßiger Transportverkehr. Die zweite Eigenchaft, die sogenannte Individualisierung, läßt die Funkentelegraphie als die arbeitseinfachste und billigste Beförderungsart für solche Pressenachrichten erscheinen, die einen großen Kreis interessieren.

Für Privatmittellungen haben andere Nachrichtenmittel zu dienen, nur ausnahmsweise kann die Drahtlose mit kleiner Sendee-nergie in Betracht kommen. Die Nachrichten von Privatkorrespondenten an Zeitungen, Nachrichtenbüros usw. werden nicht drahtlos, sondern drahtlich zu befördern sein, weil dieses geistige Eigentum einzelner sonst an unerläßliche „Empfänger“ gelangen kann. In den Vereinigten Staaten, wo man dem Funk keine staatsliche Hiesel angelegt hat, ist es infolge dieser Freiheit so weit gekommen, daß amerikanische Korrespondenten ihre Telegramme aus Furcht vor unbesugtem Aufnehmen und Verwerten der Drahtlosen gar nicht mehr anbetrauen.

Der grüne Film. Reulich sind wir auf Ludwig Besens „Wander-buch“ eingegangen. Wir rühmten diesem Buche, das in langen Jahren seine Ringe anlegte, die Kunst verweilenden Wanderns nach. Es hat ein Eindringen in die Seele von Natur und Mensch und beweist diese Kraft in vielen Gebieten Deutschlands. Hier nun kommt aus den Reihen unserer wandertätigen Genossen ein Buch, das mit ein einziges Gebiet kreuz und quer durchstreift und erobert. Im Aufschrift ist Edgar Hahnwaldt ein über Drosden gekreist. Da hat sich ihm in Wäldern, Bergen, Wässern der grüne Film entrollt, der seine Heimat ist, und hat all die Tage jungen Wandersüßes in eine große Wildfolge zummentreffen lassen. Hier in dem Buch „Der grüne Film“ (im Verlag Kadon & Co., Dresden erschienen), hat man sie nun in zwanzig farbige bewegten jungen Streifen durch die Umwelt der Elbstadt, die immer voll Schönheit ist, Sommers

Groß-Berlin

Habt Ihr auch Euer Gepäck?

Vater, Mutter und sechs Kinder sitzen in der Hochbahn. Sie sind alle, mit Ausnahme von Vater, der, damit er Umsicht befehlen kann, die Hände frei hat, mit Gepäck beladen.

Am der Haltestelle Bülowstraße, Gleisdreieck muß die Familie umsteigen, werden die Kinder bereits von den Ecken gerissen.

Als dann die Bahn, mächtig schaukelnd, nach Gleisdreieck fuhr, hielt Vater, die Familie wollte in ein Seebad reisen und die Kinder hatten u. a. ihre Schaufeln in den Händen einen langatmigen, belehrenden Vortrag darüber, daß man mit den langen Stielen sehr leicht die Schelben einschlagen könne und daß die Bahn dann berechtigt sei, Schadenersatz zu verlangen.

Als aber die Familie endlich Gleisdreieck umstieg und Mutter und die sechs Kinder unter ihrer Last ächzten, machte Vater sich sehr verdient, denn er fragte mit durchdringender Stimme ein über das andere mal: „Habt Ihr auch Euer Gepäck?“

Halbeskron Tor konnte ich endlich den Zug verlassen. Ich war schon ganz nervös geworden, mir schriele immer in den Ohren: „Habt Ihr auch Euer Gepäck?“

Dreißig besoldete Stadträte.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratswahlen beschloß in seiner gestrigen Sitzung mit 14 gegen 11 Stimmen, die Zahl der zukünftigen Magistratsmitglieder auf 30 festzusetzen.

Die nächste, voraussichtlich am kommenden Freitag stattfindende Sitzung wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, wie groß die Zahl der sachtechnischen Dezernenten sein soll.

Um einen besseren Überblick über die zur Besetzung des Magistrats geeigneten Kräfte zu erhalten, sollen zunächst von den Groß-Berliner Gemeinden mit über 5000 Einwohnern entsprechende Auskünfte eingefordert werden.

neben wurde auch der Gedanke für allgemeine Ausschreibungen zum Ausdruck gebracht, um die Stellen nur mit erstklassigen Kräften besetzen zu können.

Verfälschungen beim Wohnungsamt.

Es wird aufgeräumt.

Seit geraumer Zeit kursieren in der Berliner Bevölkerung Gerüchte über Fälle unzulässiger Beeinflussung von Angestellten der Berliner Wohnungsämter.

Gleichwohl haben sich legitime Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die in Berlin entstandenen Gerüchte leider nicht durchweg jeder Grundlage entbehren.

Naturngemäß stellen sich in einzelnen Fällen der Verfolgung und Beweishführung erhebliche Schwierigkeiten entgegen, doch ist zu hoffen, daß diese auch in den weiteren Fällen sich überwinden lassen werden.

Das Schwindlerpärchen auf der Hochzeitsreise.

Ein Schlosser Paul Conrad und seine Geliebte, eine Frau Käthe, „arbeiten“ mit einem neuen Schwindeltrick, bis sie jetzt von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurden.

Bruder Wilhelm Käthe auch noch andere Straftaten. So mielte sie sich selbst als Dienstmädchen ein, bekam dann bei Abwesenheit der Dienstherrin den Besuch ihres Geliebten und ihres Bruders, mit denen sie dann gemeinsam die ganze Wohnung ausräumte.

Ein anderes Schwindlerpärchen, das als Brautpaar auftritt, treibt noch sein Unwesen. Es sucht Geschäfte auf und läuft dort die Brautausstattung. Die Sachen läßt es dann nach einem näher bezeichneten Hause bringen.

Nie wieder Krieg!

Morgen, Sonntag vormittag 1/11 Uhr, findet vor dem Schloß, am Denkmal Kaiser Wilhelms I. eine große Friedensdemonstration statt, an der sich Arbeiterjugend und Arbeiterschaft in Massen beteiligen.

In dieser Demonstration beteiligen sich natürlich auch neben den Angehörigen des Vereins „Arbeiterjugend“ und der erwachsenen Arbeiterschaft die Jungsozialisten.

Arbeiterjugend! Jungsozialisten! Proletarier! Auf zum Protest gegen den Wahnsinn neuer Kriegpropaganda! Heraus zur Demonstration am 1. August!

In der Wohnung überfallen und beraubt wurde Freitag der Sohn des Gärtnermeisterers Thiele aus der Eichenstraße zu Steglitz. Als sich der Sohn allein in der Wohnung befand, öffneten Einbrecher mit Nachschlüsseln die Tür.

Die Unsicherheit auf dem Tempelhofer Felde nimmt in der letzten Zeit wieder zu. Besonders sind es Wüstlinge, die sich an spielende Kinder heranmachen, diese unter allerhand Vorwänden mit sich locken und sich dann schwer an ihnen vergrähen.

Unnütze Härten scheinen auf den Lukenspielplätzen der Stadt Berlin — wenn auch nicht auf allen — zu bestehen. Die Mutter eines Jungen, der schon das fünfte Jahr an den Ferienspielen teilnimmt, beklagt sich darüber, daß ihr in gerade nicht feiner

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Und die arme Aine, sie mußte von Zeit zu Zeit ein paar Kaffeebohnen haben, ob sie nun ein seltenes Mal das Geld dazu von Arel bekam, oder sich die Bohnen für einen kleinen Ziegenkäse eintauschte.

Sie war unzufrieden mit der Gerichtsverhandlung, enttäuscht von dem Ausfall der Verhandlung, dem Freispruch auf der ganzen Linie. Daß Barbro, Bredes Tochter, ohne Strafe davonkam, wenn Inger auf Sellanraa acht Jahre befohlen hatte, das konnte Aine nicht fassen und begreifen.

Ah, Arel war seiner Haushälterin mehr als überdrüssig und wünschte sie dahin, wo der Pfeffer wächst! Nun kam das Frühjahr wieder, und er mußte wieder alle Feldarbeit allein bestreiten.

Rein, das war eine böie und lächerliche Tat von Barbro gewesen, das kleine Kind auf die Seite zu jassen und selbst

auf und davon zu gehen. Zwei Winter und einen Sommer hatte er sich nun mit Aine behelfen müssen, und es sah ganz aus, als ob es noch länger so bleiben müßte.

Aber nichts da, Barbro hatte die Ringe abgelegt und gab Arel nicht einmal Gelegenheit, um einen billigen Preis zu einem goldenen und einem silbernen Ring zu kommen.

Na, diese Frau Schultbeiß pakte wahrlich gut auf: während Arel auf der Strafe mit seiner früheren Waid über zwei Ringe verhandelte, trat die Frau Schultbeiß plötzlich dazwischen und sagte: „Du solltest mir doch etwas aus dem Laden holen, Barbro!“

Es war ja gerade diese Frau Schultbeiß gewesen, die ihn im Herbst als einen ausgezeichneten, ja als einen der allerausgezeichneten Menschen gelobt und gepriesen hatte, das verdiente wohl ein Entgegenkommen.

er es ganz behielte, er wäre jedenfalls um soviel ärmer, wenn er es weggäbe, und es war ein Staatsrind.

„Gut, Guten Tag! Nein.“ jagte Arel und schüttelte den Kopf, er habe kein Schlachtvieh. — Es war, als ob die Frau seine innersten Gedanken erriete, denn sie sagte: „Ich habe gehört, du habest ein junges Kind.“

Arel fuhr nach Hause, aber er dachte weiter über diese Unterredung nach und fürchtete, er habe sich am Ende dummi benommen. Die Frau Schultbeiß war doch einmal eine wichtige Zeugin gewesen, für ihn und gegen ihn, aber eine wichtige Zeugin. Man hatte ihm ja allerlei nachgesagt, aber er war doch aus einer schwierigen und unheimlichen Geschichte mit einer Kindsleiche in seinem Walde glatt herausgekommen.

Aber wieder verging ein Tag um den andern, und es geschah nichts Schlimmes durch den Aufschub. Als er wieder ins Dorf hinunterfuhr, nahm er keinen Hammel mit, nein, das tat er nicht. Aber im letzten Augenblick nahm er ein Lamm mit.

Barbro bekam er nicht zu Gesicht. Die Frau Schultbeiß hatte ihn wohl kommen sehen und Barbro aus dem Wege geschafft. Na, Glück zu, Barbro hatte ihn anderthalb Jahre lang um seine weiblische Hilfskraft betrogen!

Im Frühjahr ereignete sich etwas höchst Unerwartetes und dabei sehr Bedeutsames: der Betrieb in den Kupfergruben sollte wieder aufgenommen werden, Geißler hatte seinen Berg verkauft. War das Unglaubliche geschehen? Ah, dieser Geißler war nun einmal ein unergründlicher Herr.

Das Ende der Wehrpflicht.

Weise der Zutritt zu dem Spielplatz in Blankenfelde verwehrt wurde, als sie ihren Sohn besuchen wollte. Auf den anderen Bühnen soll in der Regel nicht so verfahren werden. Vielleicht kümmert sich die zuständige Stelle im Jugendamt einmal um die Sache und stellt den Lebensstand ab.

Die Arbeiten für den Bau der Neuländer Untergrundbahn sind auf allen Strecken in raschem Fortschreiten begriffen. Von den an der Ede-Grü- und Berliner Straße, am Hohenzollern- und Hermannplatz gelegenen Differenzanlagen sind die beiden erstgenannten bereits fertiggestellt. Die provisorische Tunneldecke ist im Zuge der Berliner Straße vom Hermannplatz bis zur Erbkstraße und im Zuge der Bergstraße von der Jäger- bis zur Kirchhofstraße zum größten Teile eingebaut. Die noch verbleibenden Reststrecken sind in Angriff genommen. Im Tunnel selbst, dessen Ausbau in der Bergstraße zurzeit vor sich geht, ist auf der Strecke Berliner Straße die Abhängigkeit der Erdmassen bis zum Grundwasser erfolgt. In der Hermannstraße ist der Tunnelbau, der auf seiner nördlichen Strecke beim Jakobfriedhof wie ein bergmännischer Vortrieb unter Zug erfolgen muß, in gesamer Länge vom Hermannplatz bis zur Herrfurthstraße in der Ausführung begriffen. Mit dem Einbau der Tunnelwände ist gleichfalls begonnen.

Lichtenberg. Reichspräsident Ebert besuchte Donnerstag vormittag das neue Stadion. Um 11 Uhr fand eine kurze Begrüßung durch den Oberbürgermeister Rietzen, dem sich verschiedene Herren des Magistrats, u. a. der Erbauer des Stadions Stadtbaurat Dr. Ing. Wiehe und der zukünftige Deutscher Stadtrat Genosse Peterhansel angeschlossen hatten, am Eingang des Stadions statt. Daran schloß sich ein Rundgang durch die Anlage und eine Besichtigung der Tribüne und deren Inneneinrichtung, wobei der Reichspräsident seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß es der Stadt mit seiner vortragenden Arbeiterbevölkerung gelungen sei, eine so schöne Sportstätte zu schaffen.

Republikanischer Führerband. Ortsgruppe Neukölln. Zu dem am Sonntag stattfindenden Friedensdemonstrationen treten sämtliche Abteilungen auf dem Hermannplatz an. — Montag 7. Uhr in Volks-Gesellschaftshaus: Vollerammlung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 1. August:

- 3. u. 4. Uhr. Gemeindefürer-Konferenz im Alten Kessel in Köpenick. Treffpunkt 3/4 Uhr Köpenickerplatz, für Nachzügler 1/2 Uhr ebenfalls Köpenickerplatz.
- 4. Uhr. Die Abrechnung der Bezirksführer findet erst am Montag von 8 bis 10 Uhr bei Mader statt.
- 10. Uhr. (Schönberg-Bezirk) Familienausflug nach dem Kranzsee in Hohenzollernpark. Treffpunkt 2 Uhr Wernsdorfer, Ufer Köpenicker Straße. Für Kinder Überwachungen. Kasse kann gefordert werden. Für Nachzügler im „Lindenpark“, Oranienstraße.
- 10. Uhr. Familienausflug nach Waldhänse in Hohenzollernpark. Treffpunkt vorm. 11.30 und 12.30 vom Berliner Vorortbahnhof bis Frohnau. Von dort um 1.15 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
- 16. Uhr. Treffpunkt zum Vorkamp am Sonntag. Die Gewerkschaften der 12. Bezirk treffen sich am 12. Uhr bei dem Besam, Tegeler Str. 22. Nachzügler auf dem Spielplatz am Spandauer Schloßparkhause hinter dem Bungalowhain.

Jugendsportliche Vereinigung (J.S.V.). Alle Ortsgruppen treffen sich zum Sonntag zur Friedensdemonstration um 9 1/2 Uhr vor dem Steinplatz auf dem Dönhofsplatz.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 31. Juli:

Ab-Ordnung. Treffpunkt-Schulung: 7 Uhr, bei Schöpfung, SO 33, Falkenstraße 17, Arbeitsgemeinschaftsleitung.

Sonntag, 1. August:

Sämtliche Wanderungen fallen aus, die Abteilungen beteiligen sich geschlossen an der

Rundgebung im Tiergarten!

Treffpunkt 1/2 9 Uhr vor den Jugendheimen.

Charlottenburg-Mondbild: Wandeln in Vopenberg bei Spandau. Treffpunkt 1/2 10 Uhr. Spandauer-West; Nachzügler 12 Uhr ebenda. Beginn des Programms 2 Uhr.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Heiß und veränderlich. Überwiegend bewölkt und besonders im Norden öfter wiederholte, meist geringe Regenfälle bei leichten westlichen Winden.

er konnte tun und konnte lassen, verneinend den Kopf schütteln und besahend nieder. Er konnte ein ganzes Dorf wieder zum Lachen bringen.

Gatte ihn am Ende doch das Gewissen geschlagen und wollte er den Bezirk, in dem er Schulheiß gewesen war, nicht länger mit selbstgebauter Grube und mit Geldmangel strafen? Oder hatte er gar keine Viertelmission bekommen? Oder war vielleicht die Sache so, daß Geißler selbst Geld brauchte und den Berg für das, was er eben dafür bekam, verkaufen mußte? Fünfundzwanzigtausend oder fünfzigtausend sind ja schließlich auch ein schönes Geld. Es wurde übrigens behauptet, sein Sohn habe in seinem Namen das Geschäft abgeschlossen.

Jedenfalls aber wurde der Betrieb wieder aufgenommen; derselbe Ingenieur mit verschiedener Arbeiterkraft kehrte zurück, und dieselbe Arbeit fing wieder an. Diefelbe Arbeit, aber auf eine ganz andere Weise als früher, gerade umgekehrt.

Alles schien ganz in Ordnung zu sein; die Säpöden kamen mit Leuten und Dynamit und Geld, was konnte da noch fehlen? Und auch Kronen kam wieder, der staunmann Kronen, und wollte durhaus Storborg wieder kaufen. — „Nein“, erklärte Geleus, „ich verkaufe nicht.“ — „Ihr werdet doch gewiß verkaufen, wenn Ihr Geld genug bekommt?“ — „Nein.“

Nein, Geleus wollte Storborg nicht verkaufen. Die Sache war die, sein Dasein als Kaufmann auf dem Oedland kam ihm nicht mehr gar so elend vor, er hatte eine schöne Veranda mit bunten Glasscheiben, er hatte einen Ledendiner, der die Arbeit tat, er selbst konnte auf Reisen sein. Ja, reisen auf dem ersten Platz mit vornehmen Leuten zusammen. Wenn er nun einmal ganz bis nach Amerika kommen könnte, daran hatte er schon oft gedacht. Schon allein von diesen Geschäftsreisen in die Städte im Süden, um Verbindungen anzuknüpfen, konnte er nachher immer noch lange gehen. Nicht, als ob er lüppig gelebt hätte, mit eigenem Dampfschiff gefahren wäre und Orgien gefeiert hätte. Er und Orgien! Er war eigentlich ein sonderbarer Mensch, um Mädchen kümmerte er sich gar nicht mehr, er ließ sie links liegen, hatte alles Herz für sie verloren. Nein, aber natürlich war er der Sohn des Markgrafen, der auf dem ersten Platz fuhr und vielerlei Waren kaufte. Er selbst kam jedesmal von seinen Ausflügen ein wenig feiner und vornehmer nach Hause, das letztemal kam er mit Galoschen an den Füßen zurück. „Trägst du zwei Paar Schuhe?“ wurde er gefragt. — „Ja, ich leide an kalten Füßen“, erklärte Geleus. Und da hatte man herzliches Mitleid mit seinen kalten Füßen. (Fortf. folgt.)

(Schluß des Reichstagsberichts aus der Abendmitgabe.)

Abg. Seemann (Soz.) fragt an: Wann will die Reichsregierung das Gesetz vorlegen, das nach Artikel 16 Abs. 2 der Verfassung für die Organisation der Volksschulen in Beziehung auf das Personal oder die Weltanschauung der Erziehungsberechtigten entscheidende Grundzüge für die Landesgesetzgebung aufstellen soll?

Unterrichtssektretär Schulz: Die Angelegenheit ist fortlaufend gefördert worden. Die Schwierigkeiten waren sehr groß. Der Gesetzentwurf ist soweit gefördert, daß er im Herbst 1920 vorgelegt werden wird.

Auf die Anfrage des Abg. Wiebel (Soz.) betreffend Vermeidung von Massenentlassungen der Angestellten in Reichsbetrieben wird erwidert: Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise Massenentlassungen nach Möglichkeit vermieden werden. Angesichts des für bestimmte Reichsbetrieben angeordneten Abbaus lassen sie sich aber nicht völlig vermeiden. Die Reichsregierung ist auch weiterhin bereit, für die anderweitige Verwendung vorhandener Arbeitskräfte über soziale Maßnahmen bei dem erforderlichen Abbau mit den beteiligten Organisations- und Gewerkschaften zu treten.

Abg. Schöner-Frankel (Bayr. Sp.): Ist die Reichsregierung bereit, eine Hilfsaktion für die Presse in verharstem Maße aufzunehmen und die Befreiung des Zeitungsgewerbes mit Papier zu niedrigeren Preisen durchzuführen?

Ministerialrat Dr. Wessel: Für die Herstellung von Druckpapier ist vorangetrieben worden, daß die Länder billiges Papierholz zur Verfügung stellen. Die Reichsregierung hat zur Senkung der Druckpapierpreise monatlich 10 Millionen bereits zur Verfügung gestellt.

Auf Anfrage des Abg. Frau Teusch-Röhl (Sp.) teilt Ministerialrat v. Jacobi mit, daß eine Erhöhung der Unterstützung für die Familien der Kriegsgefangenen und Vermissten nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Abg. Simon (U. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in Augsburg Mannschaften der Reichswehr als unguvverlässig entlassen worden seien, weil sie

während des Kampfes treu zur Verfassung standen und gegen putschistische Offiziere Stellung nahmen.

Major v. Schleich: Die gegen die Offiziere erhobenen Anschuldigungen haben sich als haltlos und unwahr erwiesen. (Rufe ö. d. U. Soz.: Wie immer!) Tages zeigte sich, daß ein Kreis von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Maßnahmen vorgeschrieben der Behörden zur Weiterverfolgung zur Kenntnis gebracht hätte. Ein solches Verhalten ist in hohem Maße gerühmt, die Manneszucht und den inneren Zusammenhalt der Truppe zu untergraben (große Unruhe ö. d. U. Soz. u. U. Soz.) und widerspricht der klaren Anordnung des Reichspräsidenten und der Regierung, daß die Politik von der Reichswehr ferngehalten werden soll. (Unruhe ö. d. U. Soz. und U. Soz.)

Abg. Simon-Schubert (U. Soz.): Mit dem Reichsoberrentenrat hat die Aktion von Augsburg einzufordern und sie dem Untersuchungsausschuß zu übergeben?

Major v. Schleich: Ich bin nicht ermächtigt, darüber etwas zu erklären. (Rufe Unruhe ö. d. U. Soz.: So verliert man sich! — So werden die Kapellen geschüttelt.)

Abg. Kuntze (U. Soz.) führt in einer Anfrage Beschwerde gegen die vom Raumburger Schwurgericht gefällten Urteile gegen Teilnehmer an großen mitteldeutschen Streik. Von Regierungssicht wird genannt, daß das von der preussischen Justizverwaltung erbetene Material noch nicht eingegangen sei. Ein Einschreiten der Regierung gegen das Strafverbot des Landgerichts II Berlin in Sachen des Berliner Anwaltsvereins wird von der Regierung abgelehnt.

Abg. Kuntze fragt weiter, warum das Strafverfahren gegen den aus dem Mariab-Prozess bekannten Hauptmann v. Kessel nicht fortgeführt werde. Die Beantwortung bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Auf eine Anfrage des Abg. Frau Jettin (A. V. D.) wird erwidert: Die Anfrage im englischen Unterhaus, wonach der britische General Malcolm in Begleitung deutscher militärischer Berater nach Warschau gefahren sein soll, beruht nicht auf einem tatsächlichen Vorgang. Wäre so etwas vorgekommen, so würde die Stellung der Regierung dazu angesichts ihrer Neutralitätserklärung nicht zweifelhaft sein.

Damit sind noch zweifelhafte Dauer die kurzen Anfragen erledigt.

Das vorläufige Wehrgesetz.

Auf der Tagesordnung steht dann das kleine Wehrgesetz, das entsprechend dem Abkommen von Spa die

Abkündigung der allgemeinen Wehrpflicht gesetzlich festlegt und schreibt, daß die Reichswehr nur aus Freiwilligen besteht.

Abg. v. Gallwitz (Dnat. Sp.):

Die allgemeine Wehrpflicht soll abgeschafft werden. Sachliche Gründe liegen nicht vor. Wegen der Verknüpfung der Abschaffung der Wehrpflicht mit den formalen Bedingungen über die Gründung der Reichswehr müssen wie die ganze Vorlage abgelehnt, obwohl wir einen Ausbau der Reichswehr wünschen. Es ist meinen Freunden ein Bedürfnis, des rühmreichen alten Heeres zu gedenken und seiner hundertjährigen ruhmvollen Geschichte. (Beifall ö. d. U. Soz. — Großer Lärm ö. d. U. Soz. — Rufe ö. d. U. Soz.: Endlich gibt es freie Menschen!) Ich sehe im Gesetz noch einmal die ungezählten Millionen vor mir, die das Waffenkleid getragen haben. (Großer Lärm ö. d. U. Soz. und Rufe: Röhrer!) Diejenigen, die ihre Pflicht getan haben, haben die Soldatenehre in guter Erinnerung.

Wohl denen, die draußen unter dem Regen liegen und den Niederkamp des Reiches nicht mehr erlebt haben. (Beifall ö. d. U. Soz. — Großer Lärm ö. d. U. Soz. — Die Abg. Ledebour und Hoffmann sprechen erregt auf und schreien: Sie sind schuld an dem Zusammenbruch! Sie sind der Fluch der Arbeiter und Bauern! — Große Unruhe rechts und Enttäuschungsrufe.) Friede und Heil dem alten deutschen Heere, der alten Marine, unserem herrlichen Deutschen Heide. (Beifall ö. d. U. Soz., anhaltender, ungeheurer Beifall rechts. — Tosender Lärm bei den Unabhängigen, die wie wild unterzupringen und immer wieder rufen: Nieder mit dem Heere und dem Militarismus!)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.)

(wird von der Rechten mit großer Unruhe begrüßt): Sie haben das größere Elend hervorgerufen und sind schuld an allem Unglück. (Stürmische Stürme rechts. — Sämtliche Abgeordnete der Deutschen Nationalen Volkspartei und die meisten der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.) Wir freuen uns über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, denn sie hat erst den Militarismus möglich gemacht. Die Vorlage ist nur eine Abschlagszahlung, wir rufen nicht, bis der gesamte Militarismus beseitigt ist. (Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. v. Kardorff (D. Sp.):

Wenn wir dem Entwurf zustimmen, so tun wir das mit bitterem Empfinden. Man hat angeblich den Kompf geführt gegen den deutschen Militarismus und man hat ihn doch nur erlegt

durch den französischen. Wie kann man jetzt vom ewigen Frieden träumen, wo die ganze Welt brennt? Unendlich viel haben wir der allgemeinen Wehrpflicht zu danken. (Abg. Ledebour (U. Soz.) ruft: Wäre das ein Segen! — Gegenruf rechts: Sie sind doch nie Soldat gewesen. Herr Ledebour! Anhaltende Unruhe. — Präsident Lohse klettert die Treppe zum Rednertribüne dringenden Abgeordneten, die Plätze einzunehmen.) Das deutsche Volk wird sich eine Diktator Dente-Rosenfeld nicht gefallen lassen. (Lebhaftes Zustimmung. — Lärm.) Es wird wieder einmal soweit kommen, wenn auch wir es nicht mehr erleben, daß wir in Wahrheit ein freies Volk sind. (Lebhafter Beifall, Lärm ö. d. U. Soz.)

Abg. Schüding (Dem.):

Es gibt wohl niemand, der nicht der Meinung ist, daß der heutige Zustand ein unhaltbarer ist, wo wir schachlos dastehen, während die anderen europäischen Völker Millionenheere haben. Gerade die französische Revolution war es, die die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat. Die erzieherische Wirkung, die unzweifelhaft mit der allgemeinen Wehrpflicht verbunden war, müssen wir unbedingt retten. Deshalb hat meine Fraktion auch die Forderung auf das wirtschaftliche Dienstjahr wieder aufgenommen und einen dementsprechenden Antrag vorgelegt. Dadurch wird ein großer Schritt getan auf dem Wege zur sozialen Gemeinschaft, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen eines solchen Gesetzes. (Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. Breitscheid (U. Soz.):

Die Herren von der Rechten verlangen Rücksichtnahme auf ihr Gefühl der Trauer — haben Sie immer Rücksicht genommen auf unsere Gefühle und Ideale? (Sehr richtig! links.) Herr v. Gallwitz und seine Kameraden haben es leicht, für die allgemeine Wehrpflicht einzutreten, sie haben

als Offiziere nur die Vorteile gesehen,

die Gefühle des armen, geknechteten, drangsalirten Mannes

haben Sie nie kennen gelernt. (Sehr richtig! links, stürmische Unruhe rechts. — Anhaltende Unruhe.) Wenn hier gesagt wird, daß der Ententemilitarismus sehr blühe, so antworte ich, daß es Sache des französischen Proletariats ist, sich mit seinem Militarismus abzufinden; wir müssen ihn heilen, indem wir unseren Militarismus beseitigen. Die Entwaffnung und Abklärung Deutschlands wird der Beginn der Entwaffnung und Abklärung Europas und der ganzen Welt sein. Das Wesentliche am Militarismus ist der Geist der Rivalität und der Eifersucht, den die Wehrmacht auf die gesamte Politik ausstrahlt. (Jura! Sie sind die Totengräber des deutschen Geistes.) Wir sind stolz darauf, die Totengräber dieses militaristischen Geistes zu sein, die Totengräber des deutschen Volkes sind wir nicht. (Jawohl, jawohl! — Anhaltende Unruhe und Lärm.) Wir sind weit davon entfernt, alle Methoden des russischen Bolschewismus zu unterschreiben. Die Freiheit des Volkes erleben wir nicht in der Befreiung vom fremden Joch, sondern vor allem in der Befreiung vom eigenen und internationalen Kapitalismus. (Lebhafter Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. Schöpplin (Soz.):

Der Gesetzentwurf ist eine selbstverständliche Folge des durch unsere Niederlage geschaffenen Friedensvertrages. Ich verstehe nicht, wie die Redner der Unabhängigen die allgemeine Wehrpflicht hier behandeln. War es doch der große Hebel, der stets den großen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht gefördert und verankert hat, und Friedensengel war es, der die allgemeine Wehrpflicht als eine besonders demokratische Einrichtung pries. (Lebhafter Beifall. — Unruhe ö. d. U. Soz.) Damit stellen sich die Herren Breitscheid und Rosenfeld im Gegensatz zum strikten Programm und zu großen sozialistischen Führern. Wie allerdings der gute Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht

in Preußen verbannt

worden ist, dagegen haben wir seit Jahrzehnten immer und immer wieder schärfsten Einspruch erhoben. Soweit also diese Art in Betracht kommt, besteht in der Schärfe der unabhängigen Redner sehr wohl, ganz besonders angesichts der vorhergehenden Rede des Generals v. Gallwitz. (Sehr richtig!) Den an sich guten Gedanken des Herrn Schüding, der ein einjähriges Wehrschulpflichtjahr verlangt, lehnen wir in diesem Augenblick ab, ohne seine sittlichen Vorteile verkennen zu wollen. Wir müssen ihn abweisen aus der augenblicklichen innerpolitischen Situation heraus, die ihn in diesem Zusammenhang unmöglich macht, nicht zuletzt auch wegen der Wirkung im Ausland, wo das zeitliche Zusammenfallen mit der Abschaffung der Wehrpflicht überdeutlich werden könnte. Erziehung und körperliche Tätigkeit, die auch wir fordern, haben im alten Heere sicherlich nicht an erster Stelle. Wir werden heute nach der Abschaffung der Wehrpflicht dafür mehr wie je eintreten, wie wir dies in unserer Wehrpflichtvereinbarung ja bereits tun. (Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. Frau Buttm (U. Soz.):

Den Antrag auf das wirtschaftliche Dienstjahr müssen wir in dieser Form natürlich ablehnen. Ganz abgesehen von der schmerzhaften Konkurrenz, die in dieser Zeit wirtschaftlicher Not am allerwenigsten angeht, hat er für die Kinder des Proletariats ohnehin keine Bedeutung, die von Jugend auf in schwerer Arbeit leben. Wir fordern eine einheitliche Schule mit dem Aufstieg der Vorklassen, unterachtet der Massenungebildetheit. (Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. Haas (Dem.):

Die soziale Einwirkung war, teilen auch wir. Die idealen und wirtschaftlichen Vorteile des von uns geforderten Wehrschulpflichtjahres sind viel zu wenig berücksichtigt worden. Wir glauben, daß es ein wertvolles Mittel sein wird zur Erziehung der Volksgemeinschaft, zur Hebung des Massenbewusstseins und zum Wiederaufbau Deutschlands. (Beifall ö. d. U. Soz.)

Abg. Dirlsch (Sp.):

Es hätte der nationalen Würde und der nationalen Ehre über dieses Zwangsgesetz besser entsprochen, wenn es ohne Erörterung über die Tribüne gegangen wäre. (Zustimmung.)

Abg. Leicht (Bayr. Sp.):

Wir folgen dem harten Druck der Notwendigkeit.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Der Gesetzentwurf ist kein Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern er ist die Erfüllung des Friedensbittens von Versailles. Dieser und andererweiliger Zustand wird nicht von Dauer sein. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Die Durchführung des neuen Gesetzes stellt uns vor große Schwierigkeiten. Hunderttausend Soldaten sollen entlassen werden. Wenn ich mich dagegen in Spa gewehrt habe, so habe ich vor allem an die Lage des Arbeitsmarktes gedacht. Ich bitte die Parteien und die deutsche Arbeiterschaft, uns die Durchführung nicht zu erschweren durch Boykott. (Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung stellt Abg. v. Gallwitz fest, daß er den ganzen Krieg 1870 als gemeiner Mann mitgemacht habe. (Beifall.)

Darauf wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung gegen die Rechte (mit Ausnahme der Abg. v. Kardorff und Badener-Stellen (D. Sp.) angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

Das Gesetz soll bis zum 31. März 1921 gelten.

Abg. Reil (Soz.):

Wir haben schon im Jahre 1917 die größten Bedenken gegen diese Steuer gehabt und sie von jeder abgelehnt. Aber heute handelt es sich nicht mehr um die gleiche Kohlensteuer wie damals, machte sie damals 350 M. pro Tonne aus, so heute 24 M. (Hört, hört!) Auf diese Weise kostet die Tonne heute 207 M., die im Jahre 1917 noch 20 M. kostete und die Regierung war nicht in der Lage zu versprechen, daß die in der Presse bereits angeführte weitere Steigerung um 25 M. nicht eintreten werde. Das anscheinend günstige Ergebnis dieser Steuer ist in Wirklichkeit nur eine starke Belastung der gesamten Volkswirtschaft, die noch dazu als Kopfsteuer wirkt. Wir haben deshalb im Ausschuss den Antrag eingebracht, die Kohlensteuer nicht länger als auf ein Vierteljahr zu verlängern und gleichzeitig in einer Entschließung die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag innerhalb dieser Zeit Vorschläge zur

Sozialisierung des Kohlenbergbaues

zu unterbreiten. Der Ausschuss hat unsere Entwürfe leider abgelehnt, die wir infolgedessen hier noch einmal im Plenum stellen. Angesichts der Wirkung der Einkommensteuer wächst in breiten Schichten der Bevölkerung mit Recht die Erbitterung darüber, daß die scharfe Erfassung des großen Besitzes durch unsere verschiedenen Besteuerungen noch nicht in genügendem Maße erfolgt, während die vorliegende indirekte Steuer weiterhin erhoben werden soll. (Sehr richtig! links.) Wir wollen dem Reich nicht die nötigen Mittel entziehen, deren es bedarf. Wir wollen aber das Wohl des Volksganges und die Debung der Gesamtwirtschaft mit allen Mitteln erreichen. (Beifall.)

Abg. Eichhorn (U. Soz.): Schon an und für sich ist eine Kohlensteuer das Gegenteil einer sozialen Steuer. Wenn irgend ein Betriebszweig reif für die Sozialisierung ist, dann ist es der Kohlenbergbau. (Beifall.) Wir lehnen die Kohlensteuer ab und bitten Sie um Zustimmung zu unserer Entschließung über die Sozialisierung. (Beifall bei den U. Soz.)

Das Gesetz wird unter Ablehnung der sozialistischen Änderungsanträge in der Gesamtstimmung in zweiter Lesung angenommen.

Zur sofort vorgenommenen dritten Lesung gibt Abg. Reil (Soz.) die Erklärung ab, daß angesichts der Verlängerung der Steuer für acht Monate die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Lesung den Gesetzentwurf ablehnen müsse. — Es erfolgt Annahme gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Ein von sämtlichen bürgerlichen Parteien eingebrachter Änderungsantrag lautet:

„Die Militärgerichtsbarkeit wird, abgesehen von den Strafverfahren in Kriegszuständen und gegen die an Bord von in Dienst gestellten Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Reichsmarine aufgehoben.“

Der Antrag bringt eine Ausdehnung des letzten Absatzes der Militärgerichtsbarkeit auf größere Teile der Marine.

Abg. Kaddusch (Soz.): Die bürgerlichen Parteien haben uns mit einem Antrag überrumpelt, die Militärgerichtsbarkeit auch für Schiffe im Heimatsgebiet aufrechtzuerhalten;

dieser Antrag ist verfassungswidrig.

Der Begriff „an Bord“ ist nur auf die Schiffe in fremden Gewässern anzuwenden; diese Auslegung wurde seinerzeit ausdrücklich gegenüber der Nationalversammlung von amtlicher Stelle aus bestätigt. Es ist uns interessant, aus dem heutigen Umfall der bürgerlichen Parteien zu ersehen, daß

der Einfluß der Admiralität sich sogar in das Reichsjustizministerium erstreckt. (Hört, hört!) Sie wissen, die Marine ist ein gefährliches leicht verletzbares Instrument. Sie würden die Zustimmung durch Annahme dieses Antrages nicht fördern. (Beifall.)

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) betont erneut die Notwendigkeit besonderer Bestimmungen für die Marine.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) verliert, mehrmals das Wort zu ergreifen. (Dem Präsidenten gelingt es erst nach längerer Zeit, ihm Gehör zu verschaffen.) Einschränkung der Untersuchungsfrist ist dringendes Erfordernis. Seit November 1918 haben ungezählte Unschuldige im Gefängnis geschmachtet. (Die Uhrzeiger dauern an und macht die Ausführungen des Redners unverständlich.)

Abg. Kaddusch (Soz.) stellt nochmals die Verfassungswidrigkeit des Antrages fest und macht auf die Folgen aufmerksam.

Der bürgerliche Antrag bleibt in der Abstimmung zunächst zweifelhaft. Es ist Vornahme notwendig, der die Annahme mit 188 bürgerlichen Stimmen gegen 168 sozialistische Stimmen ergibt. (Die demokratischen Abgeordneten Schilling, Erlekenz und Brodau haben gegen den bürgerlichen Antrag gestimmt.)

Unter der Feststellung, daß zwei Drittel aller Mitglieder des Hauses anwesend sind, wird der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit mit allen gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien angenommen. Es wird noch festgestellt, daß mehr als zwei Drittel aller Anwesenden für die Aufhebung gestimmt haben.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Zum Punkt Notetat, Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, bringt die Abg. Greulich (U. Soz.) und Kollmer (Soz.) verschiedene Beschwerden über den anlässlich des Kapp-Putsches eingeführten Untersuchungsausschusses vor. Sie beantragen ferner die beschleunigte Unterzeichnung des nach drei Monaten abzuschließenden Tarifvertrages.

Reichsverkehrsminister Gröner erklärt, daß er seine Entschlüsse vollkommen selbstständig fasse und in der hohen Verantwortung keine Spur von reaktionären Geist haben werde. (Beifall.)

Abg. Damer (Soz.) tritt den Ausführungen der Abg. Greulich und Kollmer bei und erklärt, daß es nicht anzunehmen sei, daß sich die Beamten in Fragen des Hochvertrages irgendwelche Finier-Ordnungen Vorgesetzter verbergen.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsministeriums zum Wiederaufbau wird unterändert angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend, den 31. Juli, vormittags 11 Uhr: Erste und zweite Beratung über das Entwaffnungsgesetz, preussische Stimmen im Reichstag, Notetat.

Schluß 8 Uhr.

Im Hauptauschuß des Reichstags knüpfte sich an die Regierungsforderung, „mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Gesandtschaft in Buenos Aires, dorthin zum Gesandten einen Gesandtschaftsrat I. Klasse zu entsenden“, eine kurze Erörterung über die südamerikanische Wirtschaftspolitik. Abg. Schreiber (D.) ersuchte, im Verkehr mit der lateinischen Masse deren Kulturpflege entsprechend zu beachten. Ein Regierungsvertreter stimmt dem zu.

Wegen Verminderung der Postgebühren wird die Regierung mit den Senatoren in Verhandlung treten. Abg. Preislich (U. Soz.) erklärt die Zustimmung, daß in der Außenbedarfsstelle im Ministerium des Auswärtigen 120 Verlangen tätig sind. Der Haushalt wird genehmigt. Verschiedene Angeordnete beanstanden den § 4 des Haushaltsgesetzes, nach dem bei Besetzung der Beamtenstellen zunächst bei anderen Bewohnungen erhebliche Beamte Verwendung finden sollen. Es werden Fachmänner für die Be-

setzung verlangt. Reichsfinanzminister Dr. Birkh sagte über die Tariffrage, daß Kohlensteuern in Staatsbetrieben bisher nicht abgeschlossen sind. Zur Ausführung der im außerordentlichen Haushalt eingeschlossenen Forderungen werden 866 Millionen Reichsmark bewilligt; der ursprüngliche Anschlag betrug 800 Millionen. Der § 4 des Haushaltsgesetzes wird mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Frage der Einführung der Verkehrsbeamten in die Reichsbudgetrechnung wurde einem Unterausschuß überwiesen.

Soziales.

Mieterschutz und Höchstmieten.

Unter diesem Titel ist soeben im Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin, die 6. Auflage der vom ersten Vorsitzenden des Einigungsamts Reuß, Magistratsassessor G. Grumbh, für die Praxis dargestellte und kommentierte „Mieterschutzverordnung“ erschienen. Es ist ein übersichtliches 340 Seiten umfassendes Buch in Taschenformat und gewährt einen guten Überblick über die allgemeine Rechtslage auf dem Gebiete des Mieterschutzes und der Mieterschutzverordnungen in zeitlicher Folge.

Der Verfasser allerlei die Materie in I. Allgemeines, II. Besondere Vorschriften, III. Kommentar; A. Mieterschutzverordnung, B. Höchstmieten, C. Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Mieträumen und D. Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern. Am Schluß ist ein Schlagwortverzeichnis angefügt. Da der Verfasser selbst in der Praxis dieser Gesetzmaterie steht und mit den einschlägigen Bestimmungen aus besten vertraut ist, so darf sein Buch als ein zuverlässiger Ratgeber bezeichnet werden.

Sport.

5 321 845 M. betrug der Totalertrag am Donnerstag im Grunewald. — Der Jockey E. Kahl hat gegen die seit dem 28. Juli verfügte Entziehung seiner Reitlizenz Verufung bei der Obersten Reimbühnde eingeleitet. Die Strafe wird bis zur Entscheidung der Verufung ausgesetzt.

Aus aller Welt.

Selbstmordversuch nach vereiteltem Mordanschlag. Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Hier wurde ein Dienstmädchen unter schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert. Es bestand ein, daß es auf Anstiften seines Liebhabers der Herrschaft Enjol ins Essen geschüttet hatte, um diese zu vergiften, worauf dann der Liebhaber die Wohnung ausräumen wollte. Der Anschlag mißlang jedoch, worauf das Mädchen selbst von dem Essen genoß. Der Liebhaber wurde verhaftet.

Eine fahrende Bibliothek. Vor ungefähr zwanzig Jahren führte ein Fräulein Titcombe in Sagentown in Nordamerika eine eigentümliche Idee aus. Die Bewohner der umliegenden Landbezirke hatten so gut wie keine Gelegenheit, gute Lektüre zu erhalten. Die Entfernung von der Stadt war zu groß, als daß sie Zeit gehabt hätten, dorthin zu reisen und sich aus der Bibliothek Bücher zu leihen. So kam Miß Titcombe auf den Gedanken, eine reisende Bücherei zu errichten. Anfangs war es nur ein Bücherstau auf Rädern, der von einem Pferd gezogen wurde. Der Gedanke schlug indessen ein, und die Entfernungen, die die reisende Bücherei zurücklegen mußte, wurden immer größer, so daß die Beförderung durch das Pferd zu langsam und ungenügend wurde. Es dauerte daher nur einige Jahre, bis man das Pferd durch ein Automobil ersetzte. Jetzt verfügt die Bücherei über 30 000 Bände, die mit Hilfe einer größeren Anzahl von Kraftwagen über einen Umkreis von 500 englischen Quadratmeilen verbreitet werden. Die Bücher werden der Landbevölkerung ausgeliefert und später abgeholt und durch andere ersetzt.

Conrad Jack
Schuhfabriken Burg b. Mgdb.

Oeffentliche Erklärung.
Um unsere 1500 Arbeiter weiter beschäftigen zu können, haben wir uns entschlossen, die gesamten Läger unserer Verkaufsstellen in Schuhwaren mit bedeutendem Verlust abzustossen. Wir bitten besonders unsere alten Kunden, rechtzeitig zu wählen.

ab 3 Uhr nachmittags
Beginn des Sonderverkaufs in
den untenstehenden Filialen

Herrentiefel	138.—
Damensiefel	118.—
Halbschuhe	108.—
Mädchenstiefel	
Gr. 27/30 54.—	Gr. 31/35 64.—
	Gr. 36/38 84.—

Garantie:
Leder in guter Verarbeitung

Eigene Verkaufsstellen in Berlin:

Andreasstrasse 50	Frankfurter Allee 22	Oranienstrasse 2a	Spittelmarkt 15	Neukölln, Bergstrasse 30/31
Deusselstrasse 29	Friedrichstr. 240 41	Potsdamer Strasse 50	Turnstrasse 41	Charlottenburg,
Drummsstrasse 37	Friedrichstr. 130	Rosenthaler Strasse 14	Wilsnacker St. 22	Wilmersdorfer-Strasse 122/23
Danziger Strasse 1	Müllerstrasse 3	Schillstrasse 16	Wrangelstr. 49	Potsdam, Brandenburg Str. 54

Dinfertons und Bolschewisten.

Eben erst ist ein Schwindel der Spitzelzentralen aufgedeckt worden und schon taucht ein neuer auf. Das „Geheimdokument“ zwischen Joffe, Hüfner und Dr. Lewy über die Ausrichtung der Sowjetrepublik Deutschlands ist kaum als massives Schwindelerzeugnis der Dinferton-Gesellschaft alias „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ alias „Deutsche Wirtschaftshilfe“ entlarvt. Sofort können wir in der „Täglichen Rundschau“ ein neues „Dokument“ in Maschinenschrift niedergelegt ist und nicht geringere Entschlossenheit als die Aufstellung der Dinfertonen als kommunistisch-bolschewistische Operationen für den angeblich bevorstehenden Einmarsch der Russen in die deutsche Provinz. Es ist nichts anderes zu erwarten, als daß das alldeutsch-bolschewistische Blatt an das „Geheimdokument“ spaltenlange Betrachtungen über die kommunistischen Vorbereitungen in Ostpreußen zusammenstellt.

Wir brauchen kaum besonders hervorzuheben, daß wir dies pflichtliche Aufdecken neuer Schwindelartikel als einen bewußten Vorstoß gegen die Sicherheit der Republik ansehen. Den Dienern der Spitzelzentralen kommt es darauf an, die Dinfertonen so lange zu verwirren, bis der Bolschewistenkrieg keine Wirkung getan hat, die Angst beim guten Bürger auf den Siedepunkt gelangt ist und in kriegerische Stimmung umschlägt. Mit solchen Gespenstergeschichten ist das Volk zu Anfang des Weltkrieges und in seinem Verlauf hinlänglich gefüttert worden. Man versucht jetzt dieselben Methoden, um noch einmal die Kriegsbegeisterung zu entlocken, sei es gegen die Russen, sei es gegen die deutschen Kommunisten. Die Pläne erkennen, heißt schon, sie umzusetzen machen. Lange genug haben die Spitzelzentralen ihr Werk getrieben, die Arbeiterklasse untereinander zu verhasen und zu verhetzen. Wenn der Blau-Prozess noch nicht die Augen geöffnet hat, dem können die neuesten „Kurierdokumente“ sie wahrscheinlich auch nicht öffnen. Aber jeder, der ein wenig klaren Blick behält, wird von der deutschen Dinferton-Arbeit sich mit Ekel und Abscheu abwenden.

Zu meinen Mitteilungen über den Dinferton-Schwindel über die Spitzelgeschichten aus Magdeburg erlaubt uns die „Viga zum Schutze deutscher Kultur“ festzuhalten, daß sie die Nachfolgerin der „Antibolschewistischen Viga“ ist. Die letztere ist seit mehr als Jahresfrist aufgelöst und besteht nicht mehr. Mit irgend einem „Kultur“- oder „Spitzel“-Dienst hat die „Kultur-Viga“ nichts zu tun. Es handelt sich also augenscheinlich um eine Verwirrung mit der „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“, deren Nachfolgerin die Dinferton-Gesellschaft ist, die ihre Bureau an derselben Stelle hat, wo die „Antibolschewistische Vereinigung“ ebenfalls sich aufhält. Da die „Viga zum Schutze der deutschen Kultur“ noch zusammen mit der längst aufgehobenen „Antibolschewistischen Viga“ verwechselt wird, so nehmen wir gern davon Kenntnis, daß sie nur für Kuffarungsarbeit wirkt und von antisozialistischer und antibolschewistischer Propaganda weit abfällt.

Fleisch und Kartoffeln.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt Freigabe.

Der Untersuchungsausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seinen beiden ersten Sitzungen am 28. und 29. Juli mit der Frage der Bewirtschaftung von Kartoffeln und Fleisch. Die Regierung hatte dem Ausschuss den Entwurf einer Verordnung zur Begünstigung vorgelegt, die als Ubergangsmassnahme und zur Vorbereitung der freien Fleisch- und Fleischwarenwirtschaft die Aufhebung der Fleischkarte vorschlägt, die durch eine zeitliche Rundenfrist ersetzt werden soll. An Stelle der Rundenfrist soll auf Wunsch einzelner Bundesregierungen aber auch die Einführung einer Gemeindefleischkarte zulässig sein. Der Verordnungsentwurf sieht ferner die Fleischverpackung der Selbstversorger dadurch zu verbessern, daß in Zukunft nicht mehr eine Gewichtsmenge, sondern ganze Schlach-

und Winter. Eine Handvoll diese Wanderungen als ein Vorzeichen für die in der letzten in unserem Dresdener Parteiblatt. In ihrer Gesamtheit sagen auch sie nun zu ihrem Teil, wie viel besser Wille, Kulturarbeit zu leisten, an dieser Stelle wirksam gewesen ist. Mit prächtigen Landschaftsbildern durchsetzt, ist dieses frische Wanderbuch ein Geschenk, das alle Kenner der Dresdener Täler und Höhen herzlich lieben werden. Palmwald, der sich als erster Erzähler in der Kriegszeit hervorgetan hat, zeigt hier, wie empfänglich sein Auge für alle kleine und große Schönheit der Natur ist. Sein Buch ist voll herzlich-innig schlauer Erlebnisse.

Das Krankenhandweien in England steht den gleichen katastrophalen Erscheinungen gegenüber wie das in Deutschland. Nach einem Bericht des „Daily Herald“ befinden sich die freiwilligen Organisationen, die bisher zum Teil die Hospitaler unterhielten, in so ernstlichen finanziellen Schwierigkeiten, daß es unumgänglich erscheint, die Anstalten in der bisherigen Weise weiterzuführen. Der wirkliche Grund für diese Krise ist, daß die Privatpersonen, die bisher die öffentlichen Krankenhäuser unterhielten, wegen des Steuerdrucks und der allgemeinen Verarmung nicht mehr in der Lage sind, in der bisherigen großzügigen Weise für diesen wohlthätigen Zweck zu spenden.

Ein Ratgeber für Landbesitzer. Die Lebensmittelnot im Lande ist ein Problem, das früher kein Ort und keine Klasse im Leben hatte. Aber nicht jeder neugeborene Landbesitzer besitzt die nötigen Kenntnisse, um aus dem oft sehr geröteten Land das herauszuwickeln, was es bei sorgfältiger Bestellung bringen kann. Praktische Ratschläge für jeden Landbesitzer und gute Ratschläge gibt das Büchlein „Der Kleinrentner als Selbstversorger“ von Richard Daltner. (Verlag von Deke u. Decker in Leipzig. Preis mit allen Zusätzen 1,20 M.) Zahlreiche gute Illustrationen unterstützen das Verständnis des Textes. Die Anschaffung des 152 Seiten starken Büchleins kann empfohlen werden.

Theater. Für die Aufführungen von Mozarts „Così fan tutte“ und von Strauss' „Die Schöpfung“ an der Staatsoper wird Ferdinand Sauerbrey die Dekorationen entwerfen. — Das Deutsche Theater gibt von Sonntag ab mehrere Aufführungen von Schöndorfs „Waldschloß mit Julie Serda, Fritz Richard und Ludwig Höner. — Ein neues Nationaltheater „Mozartbestattung“ von Emil Deltmann wird am 31. Juli, Abends 7½ Uhr, im Sommertheater, Potsdamer 15, erstmalig aufgeführt.

Ein Industrie-Theater wird für diejenigen Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die sich kein eigenes Stadttheater leisten können, in der Art der früheren rheinisch-westfälischen Wanderbühnen gegründet. Das Theater wird aufgebaut auf den deutschen Theatergemeinden. Das Betriebskapital stellen die beteiligten Städte, während die laufenden Kosten von der Theatergemeinde getragen werden sollen.

Die Freiburger Volkstheater möchte ihre Aufführungen einstellen. Ein Kino besetzt ihre Räume.

Eine Wiederbelebung der Kultur hat das Landesmuseum Münster 1. W. eröffnet. Verbunden mit dieser Stadt, dem Hauptort der Wiederbelebung der Kultur, muß sie besonders Interesse erwecken. In der Wiederbelebung der Kultur die zahllose demokratische Bewegung jener Zeit hat in eigenartiger Aktion.

tere als Berechnungsgrundlage der Selbstversorgung zugelassen werden sollen. Daneben sind noch einige andere Bestimmungen zur Erleichterung der Selbstversorgung mit Fleisch vorgegeben.

Der Ausschuss, der sich nur gutdächlich zu äußern hatte, erklärte sich mit großer Mehrheit gegen diese Verordnung. Die Aussprache, die sich nicht nur auf die vorgeschlagene Verordnung beschränkte, sondern auch eingehend die Gründe für und wider die Fortdauer der Zwangsversorgung erörterte, endete mit der Annahme eines Beschlusses, wonach das Gutachten des Ausschusses auf Aufhebung der Zwangswirtschaft nach einigen Monaten bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischkarte laute. Die Aufhebung soll erst erfolgen, wenn gewisse Ubergangsmassnahmen, wie Schaffung von Fleischreserven, Einfuhr von Futtermitteln und Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt worden sind. Bezüglich der Kartoffelwirtschaft wurde die Aufhebung der Zwangsversorgung der Selbstversorgung einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden durch Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 33 Millionen Zentnern für die städtische Bevölkerung sicherstellen und daß außerdem Vorkehrungen für weitere Kartoffelreserven, mit denen etwa eintretende Rückschläge bekämpft werden können, getroffen wird. Die Produktion von Kartoffelstodden und Kartoffelflocken soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weitergeführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat den bisher behandelten Beschlüssen seines Untersuchungsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft die erforderliche Genehmigung erteilt.

Unabhängiger „Erfolg“ in Oldenburg.

Oldenburg, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Durch die Schuld der unabhängigen Abgeordneten, die nicht vollständig zur Stelle waren, wurden heute im Landtage zwei Verfassungen gefasst, die höchst bedauerlich sind. So wurde zu einem neuen Erwerbssteuergesetz ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Betriebe, deren Absatz sich nur auf die Mitglieder beschränkt, der Besteuerung unterliegen. Dadurch ist die Befreiung der Kaufmännischen Gesetz geworden. Wären die Unabhängigen vollständig zur Stelle gewesen, so wäre mit ihrer Hilfe dieser Antrag abgelehnt worden. Ebenso war es bei den Zuschüssen an die Religionsgesellschaften. Mit 22 gegen 21 Stimmen wurde hier ein Zentrumsantrag angenommen, der bestimmt, daß die Zuschüsse an die Kirchen um 150.000 M. erhöht werden. Auch diese Aufwindung aus den Kassen der Steuerzahler, gegen die die Sozialdemokraten sich lebhaft entgegengesetzt hatten, war nur möglich durch die Summe einiger Unabhängigen, die es fertig brachten, bei derartigen wichtigen Verhandlungen nicht anwesend zu sein, obwohl sie wußten, daß diese Gegenstände verabschiedet wurden.

Offenbar ist dies eine neue Methode in der Bekämpfung des Parlamentarismus.

Demonstration der chemischen Arbeiter.

Frankfurt a. M., 30. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die Arbeiter der chemischen Fabriken im Wirtschaftsbezirk Frankfurt demonstrierten heute Abend nach Fabriksschluß in Tübingen von Tausenden von Arbeitern ging es zum Vorkriegsbau, wo die Tarifkommission mit den Fabrikleitungen über die Forderungen der Arbeiterschaft verhandelte. Gefordert wird eine 100prozentige Erhöhung der Lohnsätze, die Übernahme des Steuerabzuges auf die Betriebe und eine Lohnsteigerung von 25 Prozent ab 1. Juli. Obwohl die Demonstration einen vollkommen ruhigen Charakter trug, rühte in drei Automobilen mit Maschinengewehren die Sicherheitswehr am. Den verbängigen Verhandlungen der Arbeiterführer war es zu danken, daß Ausschreitungen vermieden wurden und die Arbeit wieder aufnahm. Ein Gewerkschaftsleiter gab dann bekannt, daß die Verhandlungen mit den Fabrikleitungen einen günstigen Erfolg zeigten, worauf sich die Demonstration zerstreute.

Wer im Glashaus sitzt...

Der sanfte General Hoffmann und die rauhen Bolschewiki.

Ein Vertreter der amerikanischen Presse hat sich an den General Hoffmann, der aus den Tagen von West-Litwa her bekannt ist, gewandt, und ihn über die Verhandlungsfähigkeit der Bolschewiki angefragt. Hoffmann war ganz und gar desirös, die Bolschewiki als hinterlistige Gewaltmenschen darzustellen, mit denen man überhaupt nicht verhandeln könne. So meint Hoffmann:

Die Gewalttäter in Moskau sind Charaktere wie Dschingis Khan, der auch sein Leben lang nichts anderes wollte, als erobern, zerstören und rauben. Es ist ihr Verstand, daß das Geheiß einer Epoche verlernt hat, an derartige Charaktere zu glauben.

Vielleicht hätte General Hoffmann in seiner übergroßen Scheiderei noch hinzuzufügen sollen, daß er der eigentlich Schuldige daran ist, wenn die Welt nicht mehr an Gewaltmenschen glaubt. Sein laubhänfendes Auftreten in West-Litwa, wo er den ganzen von dem Gedanken abgedrückt, daß es noch brutale Eroberer geben könnte, die den Charakteristiken auf den Verhandlungstisch legen, falls der Untertogene Einwendungen macht. Ja, der General Hoffmann von West-Litwa ist wirklich der Verursacher, über Eroberernaturen zu klagen!

Kraffin gegen jede fremde Gimmischung.

Rotterdam, 30. Juli. (WZ). Kraffin sagte in einer von der „Daily Mail“ veröffentlichten Unterredung: Sowjetrußland werde keine Gimmischung bezüglich der Regierung oder der staatsrechtlichen Stellung irgendeines Teiles des früheren russischen Reiches einschließen Mittelstücken und des Kaukasus bilden. Er erklärte ferner, die russischen Delegierten müßten an der Konferenz in London als Gleichberechtigte behandelt werden.

Konow, 30. Juli. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Nach hier vorliegenden Nachrichten haben die Bolschewiki die Bahnlinie Wilna-Oran auf russische Spur gestellt.

Konow, 30. Juli. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Eine Abordnung der Bewohner der Stadt Suwalki ist beim Kommando der Armeegruppe Mariampol des litauischen Heeres angekommen und hat mitgeteilt, daß die Polen die Stadt ausgeraubt hätten. Sie bitten dringend um Befreiung Suwalkis durch litauische Truppen.

Der Vertreter Joffe in Riga, Gancedi, hat der litauischen Regierung im Namen der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß eine paritätische Kommission zur Vermeidung aller Konflikte, namentlich in der Frage der Räumung Wilnas, eingesetzt werde.

Der Rücktransport der Tschechoslowaken.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die aus Sibirien über Amerika kommenden und in Hamburg gelandeten tschechoslowakischen Transporte werden im Einverständnis aller Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschechoslowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht geheim und nicht verdinglich.

Da entsprechend den Vereinbarungen mit den Vertretern der Tschechoslowakei getroffenen Abmachungen den Transporten nach vor ihrer Landung in Gughaven alle Waffen und Munition abgenommen und diese in besonderen plombierten Wagen befördert worden waren, war eine „Entwaffnung“ unterwegs nicht mehr gut möglich. Eine telegraphische Anordnung des Reichswehrministeriums in diesem Sinne ist daher auch niemals ergangen.

Nach den schon vor mehreren Monaten mit der Tschechoslowakei getroffenen Abmachungen treffen am heutigen Tage zwei weitere Dampfer mit rund 5000 tschechoslowakischen Soldaten als letzte Kote in Hamburg ein. Ihre Weiterleitung durch Deutschland ist in gleicher Weise wie bei den früheren Transporten in Aussicht genommen.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Stockholm, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen wurden gestern in Dorpat wieder aufgenommen. In einer Ausdrucks allgemeiner Art forderten die Russen den Verzicht Finnlands auf seine Ansprüche im Polarisgebiet und die Behandlung der larenischen Frage als inner-russische Angelegenheit.

Der Krieg gegen die Türkei.

Amsterdam, 30. Juli. (W. Z. N.) „Times“ meldet aus Sofia: Die Griechen haben die Truppen Jasar Janars vollständig geschlagen. 15.000 Türken haben auf der Flucht die bulgarische Grenze überschritten und sind entwaffnet und interniert worden.

Amerika mischt sich ein.

Washington, 30. Juli. (W. Z. N.) Das Marine-Departement gibt bekannt: Der Kreuzer „T. Louis“ und sechs Zerstörer werden wahrscheinlich in 14 Tagen nach den türkischen Gewässern abgehen, um die dort liegenden Schiffe zu verstärken und nötigenfalls Leben und Eigentum der dort befindlichen Amerikaner zu schützen.

Wirtschaft

Getreide- und Futtermittel.

Der bekannte Getreidefachmann Konrad Neumann macht im „Vörlin-Lourier“ folgende Ausführungen:

Bezüglich des Wintergetreides darf man nicht vergessen, daß wir wieder mit einem nicht unerheblichen Rückgang im Anbau zu rechnen haben. Für Preußen stellt sich dieser Rückgang gegenüber dem Vorjahre beim Weizen um 118.412 Hektar oder um 1,8 Proz. und beim Roggen um 268.000 Hektar oder 11,8 Proz. Seit 1913 sind in Preußen bisher 422.000 Hektar oder 4,8 Proz. und beim Roggen 1.047.000 ha oder 26,8 Proz. Anbauverminderung beobachtet worden, wobei der Vergleich sich natürlich nur auf diejenigen Gebiete bezieht, die noch heute zu Preußen gehören. Nicht man diese Veränderung mit in Betracht, so kann man die Schwierigkeiten für unsere Brotversorgung beurteilen, selbst wenn man annehmen wollte, daß nicht, wie bisher, ein erheblicher Teil unserer Roggens in den Futtertrug wandert. In dieser Beziehung ist ein Vorstoß der belarischen Bremer Firma Hump u. Hens bemerkenswert, die die Einfuhr und den Handel des Weizens freigegeben wünscht und eine feste Fixsumme für Weizen verlangt. Dadurch soll dem Landwirt der Weizen wesentlich billiger, als er sein Brotgetreide verkauft, zur Verfügung gestellt werden, so daß er eine direkte Erregung hat, sein Brotgetreide abzugeben und mit angekauftem Weizen sein Vieh in möglichst großen Umfange zu verfüttern. Hierdurch würde gleichzeitig unsere Fleisch- und Milchproduktion vergrößert werden können, zumal die Viehzucht am 1. Juni 1920 einen Schwelmeckstand von 11.656.000 Schwelmeck ergab gegen 8.610.000 gleichzeitig im Vorjahre, also eine Zunahme um rund 3 Millionen Stück. Eine rationelle Fütterung, die ein großer Weizenposten die Möglichkeit bieten würde, würde uns damit bis zu einem erheblichen Grade unabhängig von den ausländischen Fleisch- und Milchlieferanten machen, während gleichzeitig die Vermehrung unserer Brotversorgung bessere.

Die Neuköllner Stadtbaugesellschaft.

Am Juni 1919 beschloß die städtischen Absperrschere Neukölln, alle Arbeiten, deren Herstellung im eigenen Betrieb zweckmäßig ist, durch die Stadtgemeinde ausführen zu lassen, als Zimmerer, Tischler, Maler, Sticker, Dachdecker, Kleber, Tapezierer, Glaser, Töpfer, Schmelzer und Schlosserarbeiten. Wie eine Denkschrift zeigt, haben diese Betriebe einen erheblichen Umfang angenommen und am 1. April 1919 Arbeiter und 50 Angehörige beschäftigt, während der Tischlerbetrieb aus 133 Arbeitern und 11 Angehörigen besteht. Die Betriebsverhältnisse sind günstig, doch hat sich die Beschäftigung der Betriebe von der städtischen Verwaltung und ihre Selbstständigkeit in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung als notwendig erwiesen, um von der Vielzahl von parlamentarischen Instanzen loszulassen und ungestört mit der Beweglichkeit, Entschiedenheit und Energie zu arbeiten wie Privatbetriebe.

Der Beschluß, den gemeinwirtschaftlichen Betrieb von der bürokratischen Verwaltung zu befreien, ist nur zu begrüßen. Hoffentlich wird auch dafür gesorgt, daß eine nach jeder kaufmännischen Grundfragen ausgearbeitete Selbstkostenberechnung eingeführt wird, die laute mit den Kosten der Privatbetriebe verglichen wird. Insofern muß es sein, auch gemeinwirtschaftliche Betriebe gegeneinander in Konkurrenz zu stellen, damit für sie dauernd der Wettbewerb gegeben ist, die höchste Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Monopolbetriebe, und das sind ja die Regierbetriebe, befinden sich in der Gefahr, wirtschaftlich zu versumpfen, da der Druck der unterliegenden Konkurrenz fehlt. Auch in der Gemeinwirtschaft läßt sich der Wettbewerb gleichartiger Betriebe feststellen in bezug auf die Erziehung des Personal, technisch und organisatorisch vollkommenen Betriebes. Wenn Staats- und Gemeinbetriebe häufig unrationeller arbeiten als Privatbetriebe, so liegt das zum Teil daran, daß der Ansporn zur höchsten Leistung bei ihnen nicht gegeben worden ist.

Weitere Besteuerung des Porzellans. Das böhmische Kautin, der wichtigste Rohstoff für die deutsche Porzellanindustrie, hat, wie der „Verband Deutscher Porzellanfabriken“ uns mitteilt, ab 15. Juli 1920 eine neue Preisveränderung um 30 Prozent erfahren. Danach muß wohl für die Zukunft mit einer weiteren Besteuerung der Porzellanerzeugnisse gerechnet werden.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Düngkutschler.

Arbeitgeber, die sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen.

Durch Schiedsspruch vom 23. Juli d. J. wurde für die Düngkutschler Groß-Berlins folgender Spruch gefällt:

Die Kutschler erhalten einen Wochenlohn von 250 M. Die Mitfahrer erhalten einen Wochenlohn von 248 M. Die Stallente erhalten einen Wochenlohn von 200 M.

Auf diesen Schiedsspruch bin erklärten die Firmen Karl Reh, Albert Sob, Andreas Hoffmann, S. Dombrowski, Garbod u. Siegel, Max Janja Radik, und Lehmann u. Kistan, sich diesem Schiedsspruch nicht zu unterwerfen; sie unterbreiteten ihren Kutschern und Arbeitern am 24. d. M. einen Mevers, in dem zum Ausdruck gebracht wird, es wäre den Herren Düngergroßhändlern bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Unrentabilität der Betriebe unmöglich, diese Löhne zu zahlen. Dagegen boten diese Firmen ihren Arbeitern einen Wochenlohn von 170 M. mit Prozenten.

Mit diesen Prozenten würde ein Wochenlohn von 200 M. herauskommen, was bei dieser schweren und unangenehmen Arbeit als viel zu niedrig bezeichnet werden muß. Mehrere Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, den Lohn von 250 M. zu zahlen, es kann daher von einer Unrentabilität keine Rede sein; manche Firmen haben erklärt, sie sind bereit, den Lohn zu zahlen, wenn die Arbeiter aus dem Deutschen Transportarbeiterverband austreten. Auf diese Weise wird versucht, den Arbeitern das Koalitionsrecht streitig zu machen. Die gesamte Arbeiterchaft ist nunmehr zu dem Entschluß gekommen, am Mittwoch früh acht bei den Firmen die Arbeit niederzulegen, die nicht ausgesperrt haben.

Die Firmen Suche, Kutsche und Regrasius haben durch Unterschrift den Lohn bewilligt. Dort ist die Arbeit sofort wieder aufgenommen worden. Die Kollegen der Firmen, die den Lohn bewilligt haben, sind mit Legitimationskarten versehen, damit kein Unberufener die Arbeit verrichtet.

Wir erfordern die gesamte Arbeiterchaft Groß-Berlins um strenge Solidarität, damit auch der berechtigten Forderung der Düngkutschler Geltung verschafft wird.

Der Schlag der Herren Arbeitgeber richtet sich in der Hauptsache nicht gegen die Forderungen der Kutschler und Mitfahrer, sondern gegen die ihnen so verhasste Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband. Darum hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion II.

Die Geschäftsführungskosten des Betriebsrats trägt der Unternehmer.

Diese im § 36 des Betriebsrätegesetzes enthaltene Bestimmung suchte die Direktion der Commerz- und Privatbank zu ignorieren, indem sie die Forderung des Betriebsrats auf Erstattung von 50 M. Saalmiete wegen Abhaltung einer wichtigen Betriebsbesprechung ablehnte.

Der Betriebsrat wandte sich darauf an den Gewerbeinspektor zu Berlin C., welcher folgende Entscheidung fällte:

Der Gewerbeinspektor zu Berlin C.
Tagebuch Nr. 2080. Berlin C 2, den 26. Juli 1920.
Rollenmarkt 1.

An den Betriebsrat der Commerz- und Disconto-Bank.
Auf den Antrag vom 21. Juni 1920.

Gemäß §§ 36, 38 des Betriebsrätegesetzes trägt der Arbeitgeber die durch die Geschäftsführung des Betriebsrats und Gruppenrats entfallenden notwendigen Kosten. Er hat hierfür die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes und der gesetzlichen Aufgaben des Betriebsrats (Gruppenrats) erforderlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Die am 11. Juni d. J. zur Aufführung über die Regelung der Gehälter eintreffende Betriebsversammlung der weiblichen Angestellten war zu einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung des Angestelltenrats notwendig, denn dieser war nicht imstande, die zahlreichen in einer Angelegenheit gestellten Anfragen in Einzelsprechstunden zu beantworten. Da die Direktion, wie sie selbst zugibt, der zur Abhaltung der Betriebsversammlung erforderliche Raum in ihren eigenen Gebäuden nicht zur Verfügung stand, war der Angestelltenrat berechtigt, einen Versammlungsraum zu mieten und von der Direktion die Rückerstattung der dafür erwachsenen Kosten zu verlangen. J. S.: gez. Wallhoff.

Der Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Das am vergangenen Sonntag von der Konferenz der Braunkohlenbergleute Mitteldeutschlands geforderte Schiedsgericht hat am 23. d. M. nachmittags 5 Uhr unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums nach erfolgter Verhandlung nachstehenden Schiedsspruch gefällt: I. Auf die Schiedslohnstufe der Lohnstafel des Tarifvertrages vom 17. April 1920 wird eine Zulage von 3 M.

je Schicht gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter beträgt die Zulage 1,80 M. je Schicht. II. Für die Geologiearbeiter werden die Mindestlöhne zusätzlich der gemäß § 6, Absatz 3 des Tarifvertrages zugesicherten Bedingezulage um den gleichen Betrag erhöht. Soweit der tatsächlich verdiente Gehältn dieien Satz übersteigt, tritt keine Lohnerhöhung ein. III. Das Kindergeld wird um 1 Mark erhöht. Das Hausstandsgeld wird für die männlichen Arbeiter um 1 Mark, für die weiblichen um 50 Pfennig erhöht. IV. Die gemäß Ziffer I-III zu gewährenden Zulagen treten ab 1. Juni 1920 in Kraft. Die Auszahlung für die zurückliegende Zeit soll bis zum 6. August 1920 erfolgt sein. V. Arbeitsniederlegungen, die seit Kündigung der Lohnstafel im Zusammenhang mit der Lohnbewegung stattgefunden haben, gelten nicht als Unterbrechung der Arbeit. VI. Mit diesem Schiedsspruch tritt die am 3. Juli 1920 getroffene Vereinbarung außer Kraft. Zu diesem Schiedsspruch wurde protokolllarisch festgelegt, daß dadurch keine Erhöhung der Kohlenpreise herbeigeführt werden soll. Die Vertreter beider Parteien erklären, den in Betracht kommenden Streiken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Schiedsspruch empfehlen zu wollen.

Gehaltsbewegung bei den Berufsgehilfen.

Die Vorstände der gewerblichen Berufsgehilfen können sich nur schwer daran gewöhnen, daß den Angestellten die volle Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern hinsichtlich der Festlegung der Arbeitsbedingungen gesetzlich zusteht. Als im November 1919 vereinbarten Satz sind durch die inzwischen eingetretene riesenhafte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse bei weitem überholt, und die außerordentlichen Teuerungszulagen, welche der Arbeitgeberverband deutscher Berufsgehilfen einseitig bewilligt hat, sind vollständig unzulänglich. Die Berufsgehilfenorganisationen halten ihre Ansprüche um so mehr für berechtigt, als nach den Entschlüssen der Nationalversammlung die Grundzüge der Versorgungsordnung der Reichsbeamten auch auf die Berufsgehilfen maßgebende Anwendung finden sollen.

Da die Berufsgehilfenorganisationen, insbesondere die Ledigen und die Verheirateten ohne Kinder hinter den vergleichbaren Klassen der Reichsbeamten noch um mindestens 3000 bis 4000 Mark im Jahre zurückstehen, sind sie durch das Verhalten des Arbeitgeberverbandes in eine begriffliche Erregung geraten. Es sind spontan aus der Angestelltenchaft heraus Resolutionen gefaßt worden, in denen zum Ausdruck kam, daß sie gewillt sei, zur Erreichung ihres Zielcs jedes gewerkschaftliche Mittel anzuwenden. Die Verantwortung für die mit einer Arbeitsniederlegung unbedingte verbundene Schädigung der Anfallberlegten legen sie dem Arbeitgeberverbande zu Last. Der Arbeitgeberverband hat darauf in einem Rundschreiben an seine Mitglieder aufgefordert, gegen solche Angestellte, die sich eines derartigen disziplinwidrigen Verhaltens schuldig machen, im Interesse der unter allen Umständen aufrechtzuerhaltenden Autorität mit aller Strenge einzuschreiten und die Entlassung im Disziplinarwege zu verfügen, da unter den heutigen Verhältnissen auch für eine größere Zahl von ausstehenden Arbeitsträften unschwer Ersatz zu beschaffen wäre. Dieser alte „Her-im-Haus-Standard“ dürfte nicht gerade zur „Beruhigung“ der Angestellten dienen. Das Reichsarbeitsministerium mühte hier unbedingte Eingreifen.

Eine Generalversammlung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Porzellaner (Ortsverwaltung Berlin) tagte am 29. Juli. Die Stellungnahme zur Reichsarbeitsgemeinschaft wurde einer außerordentlichen Generalversammlung vorbehalten. — Der Kassenbericht für die Monate Mai und Juni, welcher der Generalversammlung vorlag, ergibt, daß die Hauptkasse in Einnahme- und Ausgabe mit 104.907,70 M. bilanzierte. Die Lokalkasse hatte einschließlich eines früheren Bestandes von 95.889,18 M. eine Gesamteinnahme von 135.879,89 M., der eine Gesamtausgabe von 41.455,55 M. gegenüberstand. Es verblieb am 30. Juni ein Bestand von 94.424,34 M. — Am 30. Juni waren 6590 männliche und 1148 weibliche Mitglieder vorhanden. — Der Kassierer Seyber machte dazu noch einige Ausführungen. — Es wurden dann verschiedene Wahlen vorgenommen. Als Mitglied des Zentralvorstandes des Verbandes wurde Eichen gewählt. Revisoren für die Hauptverwaltung wurden Ogrodowski, Karmierczak, Sieler und Lemke. Die Leitung der wieder ins Leben gerufenen Jugendabteilung übertrug man dem Kollegen Blume.

Zur Regelung des Angestelltenverhältnisses hat die Vertrauensmännerziehung beschlossen, die Generalversammlung vorzuschlagen, das Hilfskräfteverhältnis bis zum 1. Oktober bestehen zu lassen, inzwischen aber die Stellung eines weitem festen Angestellten der Ortsverwaltung auszusprechen und ebenso eine kaufmännische weibliche Hilfskraft (perfekte Stenotypistin) dann anzustellen.

Nach langer Diskussion wurde der Antrag auf Anstellung eines weiteren Beamten der Ortsverwaltung abgelehnt. Dagegen wurde die Anstellung einer kaufmännischen weiblichen Hilfskraft beschlossen. Ferner wurden folgende Anträge angenommen: Die auf dem Bureau beschäftigten Hilfskräfte bleiben bis zum

1. Oktober im Amte. In Zukunft sind Hilfskräfte, die erforderlich sind, aus den Reihen der arbeitslosen Funktionäre zu nehmen. Hilfskräfte und Ortsverwaltungsmittglieder müssen mindestens zwei Jahre organisiert sein. — Der von den Tapezierern in die Ortsverwaltung als Hilfskraft übernommene Kollege Schreiber wird demzufolge, weil nicht zwei Jahre lang organisiert, gekündigt werden.

Zum Streik an der Nord-Südbahn

erhalten wir unter Bezugnahme auf die in der Mittwoch-Abendausgabe des „Vorwärts“ enthaltene Darstellung vom Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes, Ortsgruppe Groß-Berlin, folgende Zuschrift:

Seitens der Unternehmer ist bereits wiederholt der Versuch gemacht worden, eine Verständigung mit den streikenden Tiefbauarbeitern herbeizuführen, ohne daß es möglich war, zu einem Ergebnis zu gelangen. Ein Teil der in Betracht kommenden Arbeitnehmer, so zum Beispiel der Zentralverband der Zimmerer, hat jede Verständigung abgelehnt.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der zugunsten der Zimmererlöhne ergangen war, hat beim Demobilisierungskommissar keine Bestätigung gefunden.

Eine Festsetzung der Löhne kann nicht durch die Tiefbauarbeiten vergebenden Behörden, sondern nur zwischen den in Betracht kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen erfolgen. Die verlangte Erhöhung der Löhne würde nur zu einer Vermehrung der Arbeitslosen führen, da eine Rundfrage bei den betreffenden Groß-Berliner Behörden ergeben hat, daß diese für den Fall einer Steigerung der Löhne nicht mehr in der Lage sein würden, neue Tiefbauarbeiten zu vergeben.

Was die Baustelle an der Weidendammer Brücke anlangt, so besteht hier keine größere Gefahr für die Schifffahrt wie auf jeder anderen Baustelle, da für die Durchführung der Schifffahrt besondere Sicherungsmassnahmen des Fahrwassers durch eigens hergestellte Leitwerke vorhanden sind. Die Pumpen an der Weidendammer Brücke sind mangels jeglicher Gefahr für den Straßenverkehr, die anliegenden Häuser oder für die Baugrube selbst eingestellt.

Die Baustelle an der Unterführung der Untergrundbahn an der Wohnenstraße ist von Sachverständigen der Stadt Berlin und der diese Arbeiten ausführenden Firma daraufhin untersucht worden, ob besondere Sicherungsmassnahmen getroffen werden müssen. Soweit solche erforderlich waren, wurden sie ausgeführt. Von einer Lebensgefahr bei dem Passieren des Wohnenbelages an der Baugrube kann keine Rede sein. Seine Reparaturbedürftigkeit ist nicht auf den Streik, sondern nur auf Mangel an dem erforderlichen Holzmaterial zurückzuführen.

Die Arbeitnehmer bzw. deren Organisationen haben gerade diese beiden Baustellen herausgesucht, um die Bewilligung höherer Löhne zu erzwingen, da sie gelaunt haben, daß die Gefahr, die eine Einstellung der Arbeiten dort für die Allgemeinheit mit sich bringen könnte, die ausführende Firma veranlassen werde, den nicht gerechtfertigten Lohnforderungen der Arbeitnehmer nachzugeben. Von allen Berliner Tiefbaufirmen sind stets die für das Tiefbaugewerbe festgelegten Tarifföhne gezahlt worden. Die Arbeitnehmer verlangen aber dieselben Löhne wie im Hochbaugewerbe. Hier liegen die Verhältnisse völlig anders, so daß dieses Gewerbe nicht vergleichsweise herangezogen werden kann.

Die in der Notiz vom 23. Juli 1920 angegebenen Zahlen treffen nicht zu. Es sei nur beispielsweise darauf hingewiesen, daß die Bedienung der Pumpen durch die Technische Rothilfe an der Baugrube in der Wohnenstraße circa 800 M. und nicht 3400 M. täglich kostet. Das in der Notiz aufgestellte Rechenexempel ergibt somit ein falsches Bild. Die Bewilligung höherer Löhne bedeutet eine dauernde Belastung. Die Ausgaben, welche in der genannten Notiz als vorhanden angegeben werden, entstehen tatsächlich nicht.

Die Stadtgemeinden sind außerstande, Tiefbauarbeiten, deren Ausführung sie Unternehmern übertragen haben, deshalb selbst herstellen zu lassen, weil die Arbeitnehmer streiken. Es würde dies einer Vertragsverletzung seitens der auftraggebenden Verwaltungen gleichkommen.

Die Zuschrift der Tiefbauunternehmer beweist nur, daß es bei einigem guten Willen schon längst möglich gewesen wäre, den Streik zu beenden. Wenn von nicht gerechtfertigten Lohnforderungen gesprochen wird, so beweist das nur, daß die Tiefbauunternehmer die tiefe soziale Lage der Arbeiter völlig verkennen. Die angeblich falschen Rechenexempel spielen unserer Auffassung nach eine untergeordnete Rolle. Tatsache ist, daß durch den Streik die Stadt erheblich in Mitleidenschaft gezogen wird.

Deutscher Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin). Kolleginnen und Kollegen aus den Buchdruckereien, Buchbindereien und Zeitungsverlagsanstalten! Am Montag, den 2. August, nachm. 5 Uhr, in der Aula der 7. Gemeindefschule, Schulmeisterstr. 34a, Aufg. 4. wichtige Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über das Resultat der Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.

Ordnung, für den teleph. Zell: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Besuche: Dr. Gluck, Berlin. Verlag: Socar-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Socar-Verlag-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen Sie selbst

Graphisches Kartell

Montag, den 2. August, nachm. 4 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Fingeliner 15:

Versammlung

aller in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Buchbinder, Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Lithographen und Steinsetzer.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Tarifabschluß.

Für Betriebe, welche einen Betriebsrat haben, hat dieser unbedingt zu erscheinen.

Das Kartell der graphischen Verbände.

M. Cohn, Bettwäsche-fabrik, Blumenstr. 67

Unser letzter diesjähriger Einzelverkauf zu außerordentlich billigen Preisen beginnt **Sonnabend, den 31. Juli** und endet **Mittwoch, den 4. August.**

Wir geben ab soweit Vorrat:

Garnitur Renforce 135,00	Garnitur prima Haustuch 195,00
1 Deckbett, 2 Kopfkissen, ohne Garnierung	1 Deckbett, 1 Kopfkissen glatt, 1 Kopfkissen mit Sticker-einsatz und Saumchen
Garnitur Haustuch 155,00	Garnitur Madapolan 175,00
1 Deckbett, 2 Kopfkissen, ohne Garnierung	1 Deckbett, 2 Kopfkissen, ohne Garnierung
Garnitur Madapolan 170,00	1 Posten Kopfkissen 25,00
1 Deckbett, 2 Kopfkissen, ohne Garnierung	82x82, nur gute Qualitäten, weiß und bunt
1 Posten Kopfkissen 25,00	Garnitur Renforce 150,00
82x82, nur gute Qualitäten, weiß und bunt	1 Deckbett, 1 Kopfkissen glatt, 1 Kopfkissen mit Sticker-einsatz und Saumchen
Große Auswahl in Damast- und Dimiti-Bezügen, Ueberschlag-Laken und Parade-Kissen.	Garnitur Madapolan 175,00
Straßenbahn bis Markusstraße: 3, 22, 26, 31, 46, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 76, 77, 78, 79, 92; bis Strausberger Platz: 1, 2, 4, 16.	Garnitur prima Haustuch 195,00
	1 Deckbett, 1 Kopfkissen glatt, 1 Kopfkissen mit Sticker-einsatz und Hobisaum
	1 Posten glatt rot Inlett
	garantiert farbecht u. lederdicht, Kissenbreite Meter 29,00 Deckbettbreite Meter 49,00

Zeugen gesucht.

Am 4. November 1919, vorm. 9 Uhr, sind von einem Bahnbeamten in Insterburg aus einem Abteil III. Kl. ein brauner Handkoffer, eine große Holzkiste und ein Reisekorb gegen den Willen der Reisenden herausgezogen und zum Packwagen geschickt. Der braune Handkoffer war nach Berlin bestimmt (Eigentümer mittelgroß, rundes Gesicht, schwarzer Schnurrbart, etwa 35 bis 45 Jahre alt, viel leicht Schlässer). Die Holzkiste nach Marienburg (Eigentümer starker Herr, starkes Gesicht, grauer Schnurrbart, etwa 60 Jahre alt). Die Eigentümer des Koffers und der Kisten werden um Anzehe ihrer Adressen an Rechtsanwält Dr. Herzberg in Berlin - Britz, Canissee-strasse 199, gebeten. Unkosten werden ersetzt. 640D

Armeepistolen 08 Parabellum

Mauser 9 Millimeter

Luft und sehr leichte Pistole

W. Dierke, Rembrandtstr. 28

Leiter- und Kastenwagen

erfindungsgemäße Flechtarbeit, sehr Massivbau, von 60 bis 120 cm Länge und 3 bis 10 Zentner Tragfähigkeit, preiswert zu Fabrikpreis von 300 bis 900 M. je nach Größe inkl. Mauerwerk Anstrich zu verkaufen. Niedererlöser erhalten Rabatt.

Nordflug Kommandit-Ges., Wilhelmstr. 42a.